

# Der Zimmerer.

Organ des Verbandes deutscher Zimmerleute (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Eingeschriebene Kasse Nr. 2 in Hamburg).

Erscheint wöchentlich Sonnabends.

Preis pro Quartal ohne Bestellgeld Mk. 1,50. Anzeigen: die dreispaltige Zeile oder deren Raum 30 Pf., für Versammlungsanzeigen 10 Pf. pro Zeile.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: A. Bringmann, Hamburg. Redaktion, Verlag und Expedition: Hamburg-Barmbeck, Fehlfelderstraße 28, I.

Nr. 14.

Hamburg, den 7. April 1894.

6. Jahrgang.

**Inhalt:** Die Zustände im Berliner Zimmergewerbe. — Zur Gefinde-Ordnung. — Chinesische Auswanderer. — Ein Brief. — Berichte. — Baugewerbliches. — Sozialpolitisches. — Gewerkschaftliches und Lohnbewegung. — Arbeiterversicherung. — Vermischtes. — Eingekandt. — Literarisches. — Briefkasten der Redaktion. — Quittung der Hauptkasse des Verbandes. — Versammlungsanzeigen. — Anzeigen. — Verkehrslokale. — Feuilleton: Der christlich-soziale Staat der Jesuiten in Paraguay.

## Lohnbewegung.

Der Zuzug ist fernzuhalten von **Danzig, Nahlstedt, Sternberg i. M. und Wittenberge**, in **Wandsbek** vom Koch'schen Plage.

## Die Zustände im Berliner Zimmergewerbe.

Von C. Bethke.

Das Baufestmester 1894 hat begonnen und denjenigen Bauhandwerkern hier, die glaubten, die Wunden ausheilen zu können, die ihnen der arbeitslose Winter schlug, ist nun alle Hoffnung zerbröckelt, denn die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor sehr groß. Dies müssen sogar die arbeiterfeindlichen Blätter vom Schlage der Baugewerks-Zeitung zugeben.

Dies Blatt schreibt in einer seiner letzten Nummern aus Berlin: „Die Bauhätigkeit ist noch immer sehr mangelhaft, Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter leiden Noth und sind zufrieden, wenn sie nur irgend welche niedrig bezahlte Arbeit bekommen.“ Diese Charakterisierung trifft vollständig zu, ja, das Elend unter den Maurern, Zimmerern und Bauarbeitern hat eine bisher noch nicht gekannte Höhe erreicht. Die Strophe eines bekannten Handwerksburschenliedes: „Schuh' und Strümpfe sind zerissen, durch die Hofe pfeift der Wind“, trifft bei tausenden Berliner Bauarbeitern zu. In den Wohnungen der Einzelnen sind Noth und Jammer die ständigen Gäste, wie Jeder von selbst begreifen wird.

Dieser so traurige Zustand wird nun von dem profitshungerigen Unternehmertum ungeheuerlich ausgenutzt. Der Arbeitslohn sinkt immer mehr, es werden pro Stunde schon 45 Pf. und darunter gezahlt. Daneben schiebt auch das sogenannte „Speckgesellenwesen“ mächtig in's Kraut. Ein Fall dieser Art ist zu köstlich, als daß derselbe hier fortgelassen werden sollte.

Die Renovationsarbeiten am hiesigen Schlosse hat ein Zimmermeister M. . . . Derselbe stellt — ob auf Vorschrift von oben, wissen wir nicht — nur solche Leute an, die nicht zur Organisation gehören. Der dort funktionierende Zimmerpolier Pf. . . . — wir schreiben den Namen dieses Mannes nicht aus, weil er den „Zimmerer“ zur Hand bekommt und wir uns so der Hoffnung hingeben, daß er derartige Manipulationen in Zukunft unterlassen wird — nahm vor Kurzem von den dort beschäftigten Zimmerern ein Rauchservice als „Geburtstagsgeschenk“ an. Die Geldsammlung hierzu war von einem seiner Freunde angeregt worden und wie es schien, nicht ohne Vorwissen des betreffenden „Geburtstagsfindes.“ Der Polier zeigte sich darnach einmal „nobel“, er ließ ein Viertel Bier auflegen. Nachdem stellte sich aber heraus, daß dieses Bier von dem Pubiker gespendet worden ist, der dort sonst alle

Erfrischungen zu anständigen Preisen und nicht etwa von den allerbesten Qualitäten liefert. Dieser Mann hatte zu der Zeit seinen Geburtstag, der des Zimmererpoliers fällt erst in den Juli, wie angestellte Nachforschungen ergeben haben. Uebrigens legt die Thatsache, daß bei den Arbeiten meistens „Landsgefallen“ beschäftigt werden und diese auch die besten Freunde des Poliers sind, die Vermuthung nahe, daß ab und zu ein „Landschinken“ oder auch eine Gans dem Polier oder seiner Frau in die Küche getragen wird.

Solche Vorkommnisse stehen nicht vereinzelt da, die Arbeiter werden hier in jeder Art und Weise ausgebeutet.

Wie durch die kapitalistischen Zeitungen in ganz Deutschland bekannt geworden sein wird, soll hier eine landwirthschaftliche Ausstellung stattfinden. Es ist nun ganz leicht erklärlich, daß viele Zimmerer in Provinzialstädten glauben, daß eine solche Ausstellung viel Arbeit für die Zimmerer mit sich bringt. Der Zustrom von Zimmerleuten ist denn auch in diesem Frühjahr sehr stark und Hunderte Zimmerleute fragen gleich an den Bahnhöfen nach dem Ausstellungs-Platz. Diese Erscheinungen erfordern, daß die Zustände auf dem Ausstellungsplatz etwas klar gestellt werden.

Nach dem Vorhergesagten wird es Jedem einleuchten, daß der Ausstellungsplatz an jedem Werttage von Morgens früh bis spät Abends von einer großen Schaar arbeitsloser Zimmerleute umstanden wird, die in Berlin anständig sind. Die Unternehmer zahlen pro Stunde 45 bis 50 Pf. Lohn, 52½ Pf. pro Stunde bilden Ausnahmen.

Den Unternehmern scheint aber auch dieser Lohn, der für Berlin ein Hungerlohn genannt werden muß, noch viel zu hoch zu sein; sie vergeben noch viele Arbeiten an kleinere Akkordkolonnen zu wahren Spottpreisen. Der Unternehmer, der den Umfassungszaun anzufertigen hat, welcher 2 Meter hoch wird, hat die ganze Arbeit an Kolonnen von vier Mann stark in Akkord vergeben; er zahlt für den laufenden Meter 20 Pf. Für dieses Lumpengeld haben die Zimmerer die Zaunstiele einzugraben, die Bretter abzuladen und oft 100—200 Meter weit durch den losen Erdboden zu tragen und dann anzunageln. Bei der allergrößten Schinderei ist es einer solchen Kolonne im besten Falle möglich, pro Tag 80 Meter Zaun zu stellen, dann hat dieselbe für jede Person M. 4 herausgeschlagen. Die Zustände an der Ausstellung sind also keineswegs verlockend. Durch dieselben sollte sich Niemand veranlaßt fühlen, nach Berlin zu kommen.

Sind nun auch die Zustände für die Berliner Zimmerer tief traurige, so soll doch nicht verschwiegen werden, daß bis zu einem gewissen Grade die hiesigen Kameraden selbst die Schuld daran tragen. Manche der haarstrebenden Mißstände könnten sehr wohl durch eine gute Organisation unter uns beseitigt werden; diese fehlt aber bekanntlich. Warum die Organisation hier keine Fortschritte macht, ist zum größten Theile ebenfalls bekannt; der Eingeweihtekampf, der Streit um die Organisationsform, der hier geführt wird,

verhindert die Ausbreitung jeder Organisation. Von den vielen tausenden Zimmerleuten, die in Berlin arbeiten, lassen sich höchstens 140—150 in den Versammlungen sehen und letztere mögen auch in verschiedenen Stadttheilen tagen, die Versammlungsbefucher sind trotzdem meist immer dieselben.

Der „neue“ Verein, der voriges Jahr mit so großem Pomp in's Leben gerufen wurde, hat durch seine müßige Agitation den Zustand noch verschlimmert. Es muß doch die Aufgabe einer jeden gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation sein, die Berufsgenossen am Ort mit einander vertraut zu machen und Fühlung mindestens mit den Berufsgenossen an solchen Orten herzustellen, von wo großer Zuzug erwartet werden muß.

Solche Aufgaben hat sich der neue Verein aber nicht gestellt, die Leiter desselben aber sind von vornherein darauf ausgegangen, nur den Verband zu zerstören, also diejenige Organisation zu vernichten, welche alle die Vorrichtungen getroffen hat, mit denen die zeitgemäßen Aufgaben erfüllt werden können. Hoffentlich wendet sich das Blättchen bald, die Berliner Zimmerleute werden mit der Zeit einsehen müssen, daß ihr Platz im Verbandsverbande ist und sein muß, wenn in den hiesigen traurigen Verhältnissen Wandel geschaffen werden soll.

Interessant ist vielleicht noch zu wissen, wie unklar hier die Ansichten über die diesjährige Maifeier sind. In der letzten Versammlung, die keineswegs einer respektablen Vertretung der Berliner Zimmerer entsprach, wurde von vielen Rednern, die freilich keine Verbandsmitglieder sind, die allgemeine Arbeitsruhe am ersten Mai empfohlen und es bedurfte des energischen Eintretens einiger Verbandsmitglieder, um zu verhindern, daß ein derartiger Beschluß gefaßt wurde. Es ist gewiß klar, daß bei einem derartigen Vorgehen die paar organisirten Zimmerer in Berlin, die bis dahin Arbeit haben, diese verlieren werden und dann Wochen hindurch wieder nach einer neuen Arbeitsstelle zu suchen haben. Zu einer allgemeinen Arbeitsruhe am ersten Mai, für die wohl jeder denkende Arbeiter sein würde, kommt es hier unter den Zimmerern noch lange nicht, dazu läßt die Organisation noch zu viel zu wünschen übrig.

Indessen ist bis jetzt noch nicht sicher, daß auf diesem Gebiete nicht auch noch Fehler begangen werden; dieselben würden den Verband aber nicht allzuviel schädigen, denn die Mitglieder desselben, oder besser der hiesige Lokalverband, wird den Verhältnissen entsprechend handeln und sich nicht etwa durch Phrasendrescherei in's Bocks-horn jagen lassen.

## Zur Gefinde-Ordnung.

Etwas von dem Ausnahmerecht, dem in Deutschland Millionen Dienstboten und ländliche Arbeiter unterworfen sind.

III.

Zu einer einheitlichen Regelung dieser vielgestaltigen (wenn auch inhaltlich im Wesentlichen übereinstimmenden) Gesetze über die Rechte und Pflichten ländlicher Arbeiter und des Gefindes haben die reaktionären Gesetzgebungskörper



Breuzens sich nicht verstanden. Die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses und des Herrenhauses, insbesondere aus den Jahren 1854, 1878 und 1879/80 zeigen, daß die Vertretungskörper für die Interessen des Besitzes bestrebt sind, diese feudalen Zustände zu konservieren und zu verschärfen. Einer einheitlichen Regelung des Gesindeverhältnisses widerstreben sie, weil es ihnen durchaus zuzugestimmt, wenn die Rechtsunsicherheit der ländlichen Arbeiter und des Gesindes sich infolge der Verschiedenartigkeit der Rechtsformen in den verschiedenen Landestheilen erhöht. Der Unterwürfige soll das Gefühl der Rechtsunsicherheit, der Rechtlosigkeit haben. Hinzu tritt die Besorgnis, daß bei einheitlicher Regelung dieser Verhältnisse möglicherweise dem Zuge der fortschreitenden Entwicklung nicht mehr hinreichender Widerstand geleistet werden könne.

Hatte doch gar selbst die Konferenz der ländlichen Arbeitgeber im Mai 1872 einen Maximalarbeitstag für ländliche Arbeiter in Anregung gebracht! Während die Einleitung zur Gesindeordnung von 1810 mit Recht betonte, daß ein Anlaß zu verschiedenartiger Gestaltung des Gesindedienstverhältnisses in den verschiedenen Theilen Preußens nach Aufhebung der „Untertänigkeit“ nicht mehr bestehe, schützt man nun gegen die einheitliche Gestaltung des Gesindeverhältnisses vor: „es liege kein praktisches Bedürfnis für eine solche Regelung vor... sie würde bei der verschiedenen Gestaltung der Verhältnisse zwischen Herrschaft und Gesinde in den verschiedenen Landestheilen auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen!“ Die „unüberwindlichen Schwierigkeiten“ bestehen darin, daß weder die konservativ-ultramontanen Vampyre, noch die sich liberal nennenden Fledermäuse der preussischen Reaktion ihre Zustimmung zur Beseitigung des sie nicht drückenden Sklavenjochs geben wollen.

Nicht nur in Preußen, sondern auch in den übrigen deutschen Staaten herrschen antebulwianische Rechtszustände bezüglich der ländlichen Arbeiter und des Gesindes. Was hat das Reich zur Aufhebung dieses ausnahmegesetzlichen Zustandes, dem mehr als 20 Millionen seiner Angehörigen (einschließlich der Familienmitglieder) unterworfen sind, gethan? Nichts weiter, als daß es durch den Ausschluß des Gesindes vom Amte eines Schöffen oder Geschworenen (§§ 33 Ziffer 5 und 85 Gerichtsverfassungsgesetzes) der Stellung des Diensthofen als eines Bürgers zweiter Klasse sein reichsgesetzliches Ansehen aufgedrückt hat.

Allerdings am 20. Dezember 1873 — vor nun mehr als 20 Jahren — wurde die Reichsverfassung dahin ausgedehnt, daß der Reichs-

gesetzgebung fortan auch die „gemeinsame Gesetzgebung über das gesammte bürgerliche Recht“ unterliegen solle.

Seit dem Sommer 1874 sind — Juristen thätig, um einen „Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche Reich“ auf Reichskosten zusammenzuschreiben. Bei dieser Arbeit hat die Gesetzbuch-Kommission auch den Gesindevertrag in den Kreis ihrer Erwägung gezogen. Bei ihren diesbezüglichen Beratungen hat sie sich, wie bei ihren Arbeiten überhaupt in dem Mittelpunkt der Wissenschaft, der Praxis, sozialer Erkenntnis und des Kulturfortschritts befunden — das heißt, sie hat sich in den Mittelpunkt eines Kreises gestellt, auf dessen Peripherie — also überall gleich weit von ihr entfernt — sich Wissenschaft, praktisches Bedürfnis, soziale Erkenntnis und Kulturfortschritt befinden.

Das Ergebnis ihrer Berathung ist auch danach: sie macht eine devote Verbeugung vor den Junkern des preussischen Herrenhauses und erklärt schlantweg: „eine Regelung des Gesindeverhältnisses durch Reichsgesetz ist unausführbar.“ (§ 166 des Entwurfs eines Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch.)

Ein besseres Zeugnis ihrer Unfähigkeit konnte die Kommission sich nicht ausstellen, sollte man meinen. Und doch — sie hat sich selbst übertrifft. Es erscheint ihr nämlich mit Recht als „wegen Widerspruch mit den guten Sitten und der öffentlichen Ordnung in hohem Grade bedenklich“, daß Dienstverträge auf ungemessene Zeit, auf Lebenszeit geschlossen werden. Sie schlägt deshalb vor, solch unglücklichen Sklaven, dessen vertragliche Fesseln ihn auf länger als — 10 Jahre binden, die Sklaverei nach Ablauf von 10 Jahren unter Einhaltung einer sechs monatlichen Kündigungsfrist zu lösen (§ 564 des Entwurfs). Nachdem sie diesen Gipfel sozialpolitischer Fürsicht und echten Arbeiterschutzes erklommen, fühlt sie sich allerdings wiederum veranlaßt, den Landesgesetzgebungen ausdrücklich das Recht einzuräumen, nicht nur den Dienstvertrag und dessen Inhalt zu regeln, sondern auch den Begriff des Gesindes festzustellen und so vielleicht auch gar gewerbliche Arbeiter durch eine landesrechtliche Thüre unter den Begriff des Gesindes zu bringen. (Art. 46 des Einführungsgesetzes.) Nun, das Gebräu der „bürgerlichen Gesetzgebungs-Kommission“ wird wohl den gesetzlich erforderlichen Nachstrich nicht erhalten.

Eine Besserung der Lage der ländlichen Arbeiter strebt heute allein die sozialdemokratische Partei an. Sie stellt bekanntlich in ihrem Programm als eine der zunächst zu verlangenden

Forderungen auf: „Die rechtliche Gleichstellung der landwirthschaftlichen Arbeiter und der Diensthofen mit den gewerblichen Arbeitern und Beseitigung der Gesinde-Ordnungen.“

## Chinesische Auswanderer.

### II.

Auch in den Vereinigten Staaten waren es in erster Linie die Bergwerks-Distrikte und die Goldfelder, welche die für den Bergbau besonders geschickten „Söhne der Sonne“ anlockten, und nirgends sammelten sich ihrer mehr an, als in Kalifornien. Ihre Einwanderung betrug meistens 8—10 000 Mann im Jahre, stieg in den Jahren des Goldfiebers, so 1852, sogar auf 20 000 oder mehr, lediglich konkurrierende Arbeitskräfte. Im Jahre 1876 betrug die Gesamtzahl der Eingewanderten nach den zweifellos nicht einmal vollständigen amtlichen Listen bereits eine Viertel-million und die Menge der in Kalifornien allein ansässigen Chinesen war bis auf den zwölften Theil der ganzen dortigen Bevölkerung gestiegen — kein Wunder, wenn bald in den Vereinigten Staaten die Frage auftauchte, ob nicht die Chinesen eine offenbare Gefahr für den Staat bildeten, ob man nicht berechtigt sei, sich ihrer, und sei es auch auf gewaltthätige Weise, zu entledigen. Durch ihre Zähigkeit, Bedürfnislosigkeit werden sie dem weißen Arbeiter gefährlich, sie unterbieten ihn in unbeschränktem Maße. Dazu kommt noch ihr abstoßendes Wesen, ihre Abgeschlossenheit gegen alle zivilisirenden Einflüsse, ihre Unreinlichkeit, ihre Laster und ihr zu stietem Zusammenhocken und Intriguiren geeigneter Sinn.

Das Schlimmste ist, wenn man den neuesten Berichten amerikanischer Kenner des Chinesenthums in den Vereinigten Staaten folgt, daß die mongolischen Eindringlinge einerseits unentbehrlich sind, andererseits aber garnicht um das amerikanische Recht und Gesetz sich kümmern, sondern als Staat im Staate lediglich ihre eigene, in San Francisco sesshafte Regierung anerkennen. Diese Regierung aber, von welcher fast das ganze Chinesenthum des nordamerikanischen Kontinents willenlos abhängt, ist die geheimnißvolle Macht der sechs Gesellschaften, einer Behörde, über deren Mitglieder man ebenso im Dunkeln ist, wie über ihre Akten und Gesetze. Die sechs Gesellschaften — ihre Zahl erklärt sich aus den sechs Bezirken des „Himmlichen Reiches“, deren Auswanderer an Sitten und Dialekt völlig verschieden sind — hatten anfangs keinen anderen Zweck, als die Streitigkeiten unter den amerikanischen Chinesen zu schlichten, um die Kranken sich zu kümmern

## Der christlich-soziale Staat der Jesuiten in Paraguay.

Von Hans Breun.

In Nachstehendem wollen wir versuchen, eine gedrängte Beschreibung dieses bemerkenswerthen kommunistischen Gemeinwesens zu liefern. Man hat schon öfters den Versuch gemacht, ähnliche Gesellschaften in's Leben zu versetzen, hat aber nie Erfolg damit gehabt, die Lebensdauer dieser Gründungen war stets eine sehr kurze. Diese Erfahrungen, die man gesammelt hat, sprechen aber nicht etwa gegen die Möglichkeit des Bestehens kommunistischer Gemeinwesen, sondern zeigen nur, daß ein Vorgehen im Kleinen nutzlos und ohne Aussicht auf Erfolg ist. Die meisten Gründungen dieser Art trugen schon beim Entstehen den Todeskeim in sich, sie waren zu unbedeutend, erstreckten sich nur über einen kleinen Bezirk, und umfaßten eine zu geringe Anzahl Theilnehmer. Man war daher zu wenig von der Nachbarschaft unabhängig, ohne deren Hilfe konnte man nicht fertig werden, meistens fehlten auch die Mittel, um erfolgreich arbeiten zu können.

Wenn Staaten der Jesuiten lagen die Verhältnisse günstiger. Das Gebiet war sehr groß und dabei von bedeutender Fruchtbarkeit; die Bevölkerung war eine zahlreiche; an Mitteln fehlte es auch nicht. Wenn die Gründung trotzdem keinen Bestand gehabt hat, so liegt dieses an äußeren Umständen; zur Zeit, als die Jesuiten aus dem Lande hinausgejagt wurden, befanden sich die einzelnen Niederlassungen und auch der ganze Staat in

schönster Blüthe. Nicht innerer Verfall, sondern brutale Macht hat das Ende herbeigeführt.

Ueber dieses Unternehmen der Jesuiten wird verschiedentlich geurtheilt. Die Quellen, welche uns Aufschluß geben, sind nicht sehr zahlreich und die Aufschlüsse selbst sind nur in wenigen Fällen das Ergebnis persönlicher Beobachtung, sehr oft stützen sie sich nur auf's Hörensagen. Die meisten Mittheilungen stammen von den Jesuiten selbst her und hoben daher das Gute der Gründungen zu sehr hervor. Andere Personen, die an Ort und Stelle gewesen sind und die gewonnenen Eindrücke veröffentlicht haben, sprechen mit großer Anerkennung von dem Geschehen; die Schriftsteller, welche ungünstige Schilderungen geliefert haben, waren selten oder überhaupt nicht im Stande, sich durch eigenes Schauen ein Urtheil zu bilden. Der Umstand, daß alle diejenigen, die den Stoff zu ihren Mittheilungen an Ort und Stelle gesammelt haben, günstig urtheilen, kann indessen nicht zu schwer in's Gewicht fallen; man ließ eben Solche, von denen man ein ungünstiges Urtheil erwarten konnte, nicht in's Land hinein. Das rosigte Bild, das uns die Jesuiten liefern, mag in Wirklichkeit etwas dunkler gefärbt gewesen sein, wohingegen das ungünstige Urtheil der Gegner auch nicht der Wirklichkeit entspricht.

Probst Haremberg, nebenbei gesagt, ein entsehrlicher Speichellecker, stellt in seiner vom gegnerischen Standpunkte aus geschriebenen Geschichte der Jesuiten die Gründung in Paraguay nicht als einen kommunistischen Staat, sondern als ein Geschäftsunternehmen des Ordens dar, aus dem man bestrebt gewesen wäre, so viel Vortheil wie möglich zu schlagen, man habe sich die Eingeborenen zu Sklaven gemacht und dieselben ausgebeutet. Dieses Urtheil ist zu hart und entspricht nicht den That-sachen. Es darf als bestimmt angenommen werden, daß der Orden bedeutende Vortheile aus dieser Gründung gezogen hat, doch war der Nutzen, der den Eingeborenen

des Landes, den späteren Staatsangehörigen zu Theil wurde, weit größer. Niemals hat man im Lande etwas vernachlässigt, daß zur Hebung des Volkswohlstandes beitragen konnte, keine Kosten waren zu hoch, um Verbesserungen vorzunehmen. Das Missionsland, wie die Niederlassung der Jesuiten genannt wurde, war in der damaligen Zeit der einzige Kulturstaat Südamerikas, was um so mehr in's Gewicht fällt, als die Bevölkerung mit Ausnahme der Jesuiten nur aus Eingeborenen bestand.

Daß der Orden trotzdem ein gutes Geschäft mit dieser Gründung gemacht hat, ist sicher, wenn auch genaue Angaben fehlen, auch mögen die Jesuiten ihr Unternehmen mit den Augen des Geschäftsmannes betrachtet haben; das Urtheil Harembergs ist trotzdem zu hart. Der Jesuitenorden hielt sich eben für berechtigt, den Ueberschuß, für den man im Lande keine Verwendung hatte, für andere Zwecke zu verwerthen. Wenn dem Orden als solchen Vortheile erwachsen sind, so war dieses bei den einzelnen Mitgliedern des Ordens, die im Lande thätig waren, nicht der Fall. Man kann nur mit Achtung für diese Männer erfüllt werden, wenn man ihre Thätigkeit verfolgt, selbst dann, wenn man den Jesuitenorden, das Mißgeschick und überhaupt den ganzen frommen Betrug bitter haßt.

Das Interesse, welches wir an dieser Gründung haben, beruht nicht darauf, daß die Jesuiten die Gründer und Leiter waren, sondern in dem erbrachten Beweis der Möglichkeit des Bestehens einer kommunistischen Gemeinschaft, vorausgesetzt, daß gesunde Verhältnisse vorhanden sind. Wenn es schon in der damaligen Zeit, als man noch die Hilfe der Maschinen und der modernen Erfindungen entbehren mußte, möglich war, einer großen Bevölkerung ein sorgenfreies Leben zu verschaffen, wie leicht müßte man dieses in der heutigen Zeit können, wo der menschlichen Kraft so viele Hülfsmittel zur Seite stehen.

\*) Ein kommunistisches Gemeinwesen ist ein solches, in dem kein Einzigeigentum vorhanden ist, sondern Alles der Gesamtheit gehört, in dem auch die Erträgnisse der Arbeit Allen gleichmäßig zu Gute kommen.



und endlich, was für den rechtgläubigen Chinesen die Hauptsache ist, die Gebeine der im fremden Lande Verstorbenen sauber gereinigt nach China zurückzuschicken. Aber aus diesen ursprünglichen Obliegenheiten ist nach und nach eine Macht geworden, wie sie unumschränkter und despotischer sich garnicht denken läßt.

Vor Allem besorgen die Gesellschaften das Einschmuggeln von chinesischen Arbeitern nach Amerika, was seit der Forderung einer bedeutenden Kopfsteuer von den nicht auf dem Schmuggelwege anlangenden Chinesen ein blühendes Geschäft zu sein scheint. Heute kostet es einen chinesischen Arbeiter 600 Dollars, von der Heimath nach San Franzisko und auf geheimnißvolle Weise ohne Kopfsteuer sich in's Land bringen zu lassen. Angelangt, wird er von den Gesellschaften sofort an die großen in San Franzisko heimischen Vermittlungs-Geschäfte und von diesen weiter an die Bergwerke, Farmen oder Fabriken vermietet. Von seinem Lohn erhält er selbst monatlich 6 bis 8 Dollars, alles Uebrige wandert so lange in die Hände der sechs Gesellschaften, bis dieselben ihren Sündenlohn von 600 Dollars eingestrichen haben. Freilich ist der importirte Chinese auch dann noch weit entfernt, von der Herrschaft dieses geheimen Tribunals frei zu sein — und er will es auch garnicht. Alle Streitigkeiten gehen vor das Gericht dieser Behörde, und wehe Dem, der sich ihrem Urtheil nicht fügt! Er hat in der Regel nur noch so lange zu leben, als die im Dienste der Sechs stehenden Mordgesellen Zeit brauchen, ihre Arbeit zu thun. Nach Art der Camorra und Mafia in Italien ist dieses Mordgesindel, aus den verworfensten Schichten des Chinesen-Viertels von San Franzisko bestehend, vollständig organisiert, scharf bewaffnet und stets bereit, dem Wink der ungenannten Auftraggeber unerbötlich zu gehorchen. Selbst der einzige Beweis von Ungehorsam, den vor einigen Monaten eine kleine Anzahl kalifornischer Chinesen den sechs Gesellschaften gab, indem sie der neuen Gesetzesbestimmung der Vereinigten Staaten gemäß sich registriren ließen, wurde sofort damit geahndet, daß im Verlaufe weniger Tage vier der Ungehorsamen geheimnißvoll ermordet wurden.

Das ist die Atmosphäre, in der die Chinesen in Kalifornien leben, arbeiten und zum Theil Reichthümer sammeln, welche, sollen sie ihren Eigenthümern sicher bleiben, wieder den Banken und Geldstellen der sechs Gesellschaften übergeben werden müssen. Unter der Bewohnerschaft des Chinesen-Viertels von San Franzisko giebt es zwanzig Millionäre. In den Banken derselben Stadt haben die Chinesen selten weniger als

12 Millionen in Gold deponirt; in den letzten vierzig Jahren haben sie bestimmt eine Viertel-Milliarde Dollars oder 1000 Millionen Mark von Amerika nach China transportirt. Ihr Grundeigenthum in San Franzisko wird auf 300 Millionen Mark geschätzt. Wie diese zopfigen Millionäre arbeiten, lehrt das Beispiel eines der bekanntesten unter ihnen, der in San Franzisko nur einen ganz kleinen Laden besitzt, durch dessen Hände aber nichtsdestoweniger täglich kolossale Summen rinnen. Aber dafür besitzt Mr. Wong Fat Zweiggeschäfte in jeder Stadt Süd-Kaliforniens und ebenso in Denver, Salt Lake City, Omaha, Kansas City, San Louis, Chicago und allen westlichen Orten von Bedeutung. Ja, von diesen größeren Geschäften beherrscht wieder ein jedes eine Anzahl von kleinen auf dem Lande, und im Ganzen soll sich die Zahl von Wong Fat's Angestellten auf zweitausend belaufen. Seinen lebhaftesten Umsatz bilden — eingeschmuggelte Chinesen, die ihm von den sechs Gesellschaften überlassen und von ihm weiter vermietet werden.

Das sind natürlich Ausnahmen; die meisten Chinesen kommen als Arbeiter und ziehen sich nach einigen Jahren mit einem bescheidenen Gewinn als Arbeiter in ihre Heimath zurück. In Kalifornien sind ihre Dienste den Großfarmern und Großindustriellen unentbehrlich, und obwohl man, dem Haß der einheimischen Bevölkerung Folge gebend, sich ihrer mehrmals zu entledigen suchte, bilden sie noch jetzt ein Drittel aller kalifornischen Arbeitskräfte. In den Rossen-Distrikten von Fresno ließ man vor nicht langer Zeit 3000 Neger beiderlei Geschlechts importiren, um sie in den Weingärten arbeiten zu lassen, und sandte die Chinesen fort. Aber es verging kaum ein Monat, so hatte man sie schon zurückgeholt, denn die Schwarzen erwiesen sich unfähig, die schwere Arbeit länger fortzusetzen. In den Obstplantagen wollte man die Chinesen durch Kinder ersetzen — ebenso vergeblich. In den Sandwüsten der südwestlichen Distrikte würde kein Mensch Eisenbahnen bauen können, thäten es die Chinesen nicht.

Das ist einer der Gründe, welcher die Amerikaner abhielt, die Eindringlinge ganz abzuschütteln. Der zweite Grund dafür ist die Furcht vor Gegenmaßregeln Chinas. Schon im Jahre 1879 wurden zur Beseitigung der Chinesen ernste Schritte gethan, und die Regierung stand bereits auf dem Punkte, die Chinesen-Einwanderung in den Vereinigten Staaten völlig zu verbieten, als China ihr mit der Drohung begegnete, in solchem Falle sich gegen den amerikanischen Handelsverkehr ebenfalls völlig abzusperren. Dem mochte die Union sich nun doch nicht aussetzen. In-

dessen hat sie durch härtere Steuern, strenge Behandlung und ähnliche Maßnahmen so viel erreicht, daß die chinesische Bevölkerung seit dem Anfang der achtziger Jahre ziemlich auf derselben Stufe stehen blieb und Ein- und Auswanderung sich demnach jetzt die Waage halten.

Glücklicher sind andere Staaten mit ihren Maßnahmen gegen die Chinesen gewesen. Australien, welches zur Zeit der Entdeckung der Goldfelder von Chinesen überschwemmt wurde, legte ihnen, als man sich nicht anders mehr zu helfen wußte, bei der Einwanderung eine so starke Steuer, die sogenannte Kopfsteuer auf, daß ihre Zahl bald beträchtlich zurückging. Freilich zählte man von ihnen noch im Jahre 1881, als sie sich schon sehr vermindert hatten, mehr als von jeder europäischen Nation. Dagegen wandten sie sich nun mit Macht dem seit einigen Jahrzehnten der Kultur erschlossenen Königreich Hawaii auf den Sandwich-Inseln zu. Hatte hier ihre Zahl 1860 erst 5000 betragen, so machten sie im Jahre 1864 mit 20 000 Seelen fast den vierten Theil der Bevölkerung aus. Ihr Schmutz und ihre übeln Sitten machten sie auch hier bald verhaßt genug, und als sie gar den übrigen Einwohnern des Landes die scheußliche Auszage-Krankheit mitbrachten, legte ihnen König Kalakaua endlich eine so gewaltige Steuer auf, daß die Einwanderung fast ganz aufhörte und auch von den vorhandenen Chinesen Viele sich wieder davonmachten. Selbst in Asien, auf den Philippinen, hat man es schon für nöthig befunden, sich mittelst einer hohen Steuer einen Theil der Einwanderung aus dem Reiche der Mitte fernzuhalten, und es ist leicht vorauszu-  
sehen, daß mit der Zeit die meisten fremden Staaten diesem Beispiele folgen werden, falls nicht die Chinesen ihre Lebensweise ändern.

## Ein Brief.

Einer der bedeutendsten amerikanischen Großfabrikanten, Carnegie, soll kürzlich gesagt haben: „Das achte Weltwunder ist folgendes: 2 Pfund Eisenerz, eingekauft am Ufer des Oberen Sees und nach Pittsburg geschafft; 2 Pfund Steinkohle, gegraben in Connellsville, in 1 1/4 Pfund Roaks verwandelt und dann nach Pittsburg geschafft; 1/2 Pfund Kalkstein aus dem Osten der Alleghanie-Berge nach Pittsburg befördert; ein Stück Manganez, in Virginien gewonnen und nach Pittsburg übergeführt; endlich aus diesen 4 1/2 Pfund Rohmaterial 1 Pfund solider Stahl hergestellt und für 1 Cent (4 Pfennig) verkauft: dieses Wunder zu vollbringen war vergangenen Jahrhunderten ganz unmöglich.“

Einverstanden; aber wir kennen noch ein näher liegendes mindestens ebenso großes Wunder: einen gewöhnlichen Brief. Der Hamburger klebt eine Zehnspfennigmarke auf einen Brief, wirft ihn in den nächstbesten Schalter und in kurzer Zeit ist er in der Hand des Adressaten in Wien. Oder ein Karlsruher

Doch nun zum Staate selbst. Die Bevölkerungszahl betrug zur Zeit der höchsten Blüthe nicht ganz 150 000, Angaben über die Größe des Landes fehlen. Eine Vorstellung über die Ausdehnung der Niederlassung kann man gewinnen, wenn man den Umfang der einzelnen Reduktionen, wie man die für sich abgeschlossenen Gemeinden nannte, in's Auge faßt. Diese waren so angelegt, daß sich zunächst des stadthähnlichen Wohnortes der gesammten Gemeindeglieder die den einzelnen Familien zur Privatbenutzung überwiesenen Felder lagen; an diese schloß sich das ungetheilte Gemeindegelände an und darüber hinaus erstreckte sich meilenweit die Weide, auf der ungeheure Rinderheerden gehalten wurden. Die eine Reduktion Yapegu, ein Städtchen von 8000 Einwohnern, hatte allein außer einer bedeutenden Schafherde eine Rinderherde von 500 000 Stück, verschiedene Gemeinden besaßen eine noch größere Anzahl. Dieses läßt in etwas auf die ungeheure Ausdehnung des Gebietes der einzelnen Reduktionen schließen. Solcher Gemeinden hatte man 31 im geschlossenen Bezirk, außerdem noch einige zerstreut liegende. Daß das Land, auf dem sich diese erstreckten, nicht klein war, ergibt sich von selbst.

Wenn man von Buenos-Ayres, an der östlichen Küste Südamerikas, den Paraguay, auch Paranao genannt, sowie den kleineren Uruguay hinaufging, gelangte man nach etwa 50 deutschen Meilen an die ersten Niederlassungen. Um diese Strecke zurückzulegen, war eine Reise von einem Monate nöthig, da sehr viele Schwierigkeiten zu überwinden waren. Beide Ströme wurden von Flußräubern unsicher gemacht, der für das Missionsland besonders wichtige Uruguay war nur theilweise schiffbar, da sich in ihm gefährliche Stromschnellen befanden. Diese Schwierigkeit des Weges war den Missionen von hohem Nutzen, indem sie die Annäherung von Fremden erschwerten.

Die Hauptprodukte des Landes waren Mais, zu-

gleich neben dem Fleisch das Hauptnahrungsmittel, dann Baumwolle, deren Anpflanzungen sich bis in die entferntesten Steppenstriche hinzogen. Zuckerrohr wurde weniger gebaut; der Anbau des Paraguay-Thees ermöglichte eine ziemliche Ausfuhr. Ueberhaupt machte man mit allen möglichen Arten von Früchten und Getreide Anbauversuche und suchte sie mit mehr oder weniger Glück im Lande heimisch zu machen. Man erntete mehr, als man verbrauchen konnte, und gewann dadurch die Mittel, solche Bedarfsgegenstände, die man im Lande selbst nicht hatte, von auswärts kommen zu lassen. Salz und Eisen waren im Lande nicht vorhanden und mußten aus bedeutender Entfernung herbeigeschafft werden, wodurch deren Transportkosten sehr hoch wurden. Außer dem überschüssigen Getreide bildete der Verkauf der Rinderhäute eine reichliche Einnahmequelle.

Die Einrichtung des Staates ist allmählig vor sich gegangen, die Reduktionen entstanden nicht zugleich, sondern eine nach der anderen. Von der Zeit an, daß die Europäer in's Land gekommen waren, hatte sich die Lage der Eingeborenen immer mehr und mehr verschlechtert. Der Europäer hält sich ja für berechtigt, wenn er in ein fremdes Land eindringt, dort Alles in seinen Besitz zu nehmen; er begnügt sich nicht mit dem Naturerichtthum und mit den Habseligkeiten der Eingeborenen, sondern sucht letztere selbst dienstbar und unterthänig zu machen. Ebenso waren die Spanier in Südamerika vorgegangen; aus einem freien Volke machten sie Sklaven, indem sie die vorgefundene Bevölkerung in sogenannte Commenden eintheilten, die einzelnen Personen zugewiesen wurden. Die Eingeborenen Südamerikas, soweit man im Stande gewesen war, dieselben zu unterwerfen, befanden sich daher im Zustande der Selbstlosigkeit und wurden nach allen Regeln ausgebeutet. Ein Commendenbesitzer suchte noch mehr herauszupressen als der andere, und die armen Eingeborenen fühlten bald, wie süß die europäische Kultur

schmeckt. Daß dieses Vorgehen nicht dazu angethan war, die noch unbezungenen Stämme unter die Herrschaft der spanischen Krone zu bringen, mußte man öfters erfahren; man stieß auf energischen Widerstand und auch die Pfaffen, die bei einer Kulturmission, wie die Unterwerfung von wilden Völkern eine ist, niemals fehlten, hatten noch nicht verstanden, selten Fuß zu fassen. Die Franziskaner, welche bisher im Lande gewesen waren, erzählten uns zwar von ungeheuren Bekehrungen, die sie bewerkstelligt hätten, man hat später aber wenig Früchte ihrer Thätigkeit gefunden.

Als die Jesuiten in's Land kamen, hatten sie von vornherein einen besseren Erfolg; sie verstanden eben besser als die plumpen Franziskaner auf die Eigenart der Bevölkerung einzugehen. Wenn man Missionsberichte der Jesuiten liest, so findet man, daß dieselben aus jedem Lande anders lauten; sie richteten ihr Vorgehen stets nach den Eigenthümlichkeiten des Landes und machten den vorgefundenen Meinungen und Gebräuchen so viele Konzessionen wie möglich. Wenn es in ihren Kram paßte, verschwiegen sie den zu Bekehrenden, daß der Gott, den sie predigen wollten, eines schimpflichen Todes gestorben sei, sie machten dem indischen Kaffengeist das Zugeständniß, daß einige Priester nur mit den höheren Rassen, andere nur mit den Parias verkehrten und sie richteten dem Paria, da die Verührung mit demselben besteckte, die geweihte Hostie an einem Stäbchen oder stellten sie ihm in einem Kröpfchen vor die Thüre. Kurzum, sie nahmen die Welt wie sie war und kamen mit ihren Zugeständnissen weiter wie andere Pfaffen, die in keinem Punkte nachgaben.

(Fortsetzung folgt.)



Neht eine Zwanzigpfennigmarke auf einen Brief, der in wenigen Wochen an seine Adresse in New-York oder San Franzisko gelangt. Das heißt: Für den geringen Betrag von 10  $\mathcal{M}$  ist Jemand so freundlich, den Brief von Hamburg nach Wien zu tragen und dem Adressaten einzuhändigen. Und für 20  $\mathcal{M}$  trägt er den Brief von Karlsruhe nach Hamburg, schwimmt über den Atlantischen Ozean nach New-York, resp. durchquert auch noch den ganzen nordamerikanischen Kontinent und sucht den Adressaten in San Franzisko auf, um ihm den Brief zu überbringen.

Einem Feuilleton von Bruno Köhler in der Monatschrift „Vom Fels zum Meer“ über „Neujahrsglückwünsche und Weltpostverkehr“ entnehmen wir, daß noch im Jahre 1863 für einen einfachen Brief nach Norwegen 95  $\mathcal{M}$ , nach Nordamerika M. 1,20, nach Westindien und Australien M. 1,65, nach Ecuador M. 2,45 aufzuwenden waren, wogegen heute die einfache Briefstare für das ganze Erdenrund bloß 20  $\mathcal{M}$  beträgt. In der Form des Weltpostvereins umschließt eine große postalische Gemeinschaft alle fünf Erdtheile und fast 1000 Millionen Menschen nehmen an den Wohlthaten dieses großartigen Kulturwerks Theil.

„Ueberrächtigend sind die Zahlen, welche der von allen lästigen Tarif- und Verwaltungsstranken befreite, in der vollen Entfaltung seiner Kräfte nicht mehr behinderte Postverkehr gezeitigt hat. Wer kann sich einen Begriff machen von der ungeheuren Zahl von 17 Millionen Briefen, welche im Jahre 1891 zur Beförderung gekommen sind? Deutlicher schon wird die Vorstellung, wenn man sich ausrechnet, daß das 46 Millionen Sendungen auf den Tag ausmacht. Reichlich ein Sechstel davon entfiel auf Deutschland; der Briefaustausch allein umfaßte im Reichsgebiet 1815 Millionen Sendungen.“ — Ueber den Neujahrbriefverkehr enthält der Artikel folgende Daten: „In Berlin zählte man zu Neujahr 1864/65 180 000 Stadtbriefe, d. h. solche, die in Berlin selbst aufgegeben und bestellt wurden. Zehn Jahre später war die Zahl bereits auf 622 000 Stück gestiegen, und wiederum zehn Jahre später hatte sie sich verdreifacht. Neujahr 1892/93 konnte mit 28 Millionen aufwarten, das heutige Neujahr wird die dritte Million erreichen. Hierzu treten aber die noch von außerhalb eingehenden Sendungen; während diese zu gewöhnlichen Zeiten sich auf etwa 300 000 Stück täglich beziffern, schnell das Neujahr diese Zahl weit über das Fünffache in die Höhe. Und diese Millionen fließen der Post nicht etwa langsam zu, sie fließen durch die zahllosen Kanäle, mit welchen das ganze Land von der Post überzogen und besetzt ist, mit plötzlicher Gewalt herein wie ein angeschwollener Gebirgsstrom, der seine Dämme durchbrochen hat.“

Ein noch viel größeres Wunder aber ist es, daß es noch so viele Menschen giebt, die dem Prinzip, auf welchem dieses Wunder des Weltpostverkehrs beruht, feindlich gegenüber stehen. Was sonst hat diese großartige Errungenschaft der Kultur ermöglicht, als das sozialistische Prinzip, das Prinzip der Assoziation, der internationalen Kräftevereinigung oder der zweckmäßigen Arbeitstheilung. Mit vereinten Kräften, auf dem Wege zweckmäßiger Organisation des Weltbriefverkehrs hat die Menschheit dieses Wunder geschaffen, das sicherlich vor hundert Jahren als eine wahnsinnige Utopie verachtet worden wäre. Und doch kämpft man mit allen Mälicen gegen dieses Prinzip auf ökonomischem Gebiet. Der Sozialismus ist ja nichts Anderes, als die Anwendung des Prinzips der Assoziation oder zweckmäßigen Organisation der gemeinsamen Produktion. Wäre das Postwesen der individualistischen Produktion ähnlich, so müßte Jeder seine Briefe durch eigene Boten von Hamburg nach Wien oder von Karlsruhe nach New-York oder San Franzisko befördern lassen!

Die Gesamtwirtschaft auf der Stufe der individualistischen Produktion mit freier Konkurrenz ist eine primitive Form, nicht eine hochentwickelte, gesteht auch der Sozialökonom Emanuel Herrmann. Auf dieser Stufe, sagt er, giebt es mehr Hindernisse der Entwicklung als fördernde Umstände. Der Kampf braucht mehr Kräfte auf, als die Freiheit entfaltet. Die Stufe der freien Konkurrenz folgt auf die Stufe gebundenen Feudalismus und Junftwesens allerdings als eine Erlösung von diesen Ausbeutungssystemen bodenständiger Wirtschaftsformen. Sie führt die Freiheit des Wettbewerbes ein, aber sie schafft nicht auch die Mittel, im Wege dieser Freiheit zu vollkommeneren Formen überzugehen. Sie ist selbst Uebergangsstadium zur Konzentration der Wirtschaftszweige in wenige Hände und muß mit Nothwendigkeit in die vollendetere Form des Kollektivbetriebes übergehen. — Das ist nur eine Umkehrung dessen, was Marx über die Akkumulation des Kapitals, die schließlich zur Expropriation der Expropriateure führt, ausführt.

Der wirtschaftliche Individualismus, beruhend auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln, das geschichtlich auf einer sehr niedrigen Stufe der Produktionsentwicklung sich vollzogen hat (s. Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats), ist eine Rückständigkeit, die mit der fortschreitenden Entwicklung der Produktion immer krassere Mißstände herbeiführt, welche Mißstände der Kapitalismus dermaßen gesteigert hat und steigern mußte, daß der Widerspruch zwischen Produktion und Individualwirtschaft nicht länger mehr haltbar ist. Ihn muß nothwendig der Sozialismus ablösen, die planmäßige Organisation der Produktion durch die Gesellschaft für die Gesellschaft.

Wahrhaftig, so ein harmlos aussehender Brief ist ein verkappter Umstürzler, ein sozialdemokratischer Agitator,

selbst wenn ihn der Staatsanwalt Kromen absendet; denn er predigt Denen, die nicht blöde an den alltäglichen Wundern vorübergehen, laut und deutlich die sozialistische Idee.

## Berichte.

**Düsseldorf.** Am 4. März fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Zahlen der Beiträge, Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Werkstätten-Delegirte. 3. Fragekasten und Verschiedenes. Nach Erledigung des ersten Punktes wurde unter Hinweis auf die bevorstehende Bauperiode ausgeführt, daß es nothwendig sei, für die größeren Plätze und Werkstätten je einen Vertrauensmann zu wählen, welcher die Vertheilung des „Zimmerer“ besorgen, überhaupt für den Verband thätig sein könnte. Da die Versammlung nur schwach besucht war, wurde beschossen, solche Delegirte in der nächsten Versammlung zu wählen. Sodann wurde mitgetheilt, daß hier am Orte ein unentgeltliches Auskunfts-Bureau von der Gewerkschaftskommission errichtet worden sei, welches vornehmlich Auskunft über Gesetze und Bestimmungen, welche für die Arbeiterschaft von größerer Bedeutung sind, z. B. Klagenanträge in gewerblichen Streitigkeiten, in Sachen der Kranken-, Alters- und Invaliditäts-, sowie Unfallversicherung usw. ertheilen soll. Dasselbe ist Dienstags und Donnerstags in näher bezeichneten Stunden im Lokale „Neue Welt“ geöffnet. In „Verschiedenes“ wurde noch darauf aufmerksam gemacht, die Statistikkarten recht pünktlich und genau auszufüllen. Zum Schluß wurden M. 10 für das Gewerkschaftskartell bewilligt.

Am 18. März fand unsere Mitgliederversammlung statt. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten, erhielt Genosse Schmidt zu einem längeren Vortrag, „über den 18. März“, das Wort. Der 18. März, so führte Redner aus, sei ein doppelter Gedenktag für das Proletariat, ja ein Sieg für die ganze Arbeiterschaft gewesen, der aber durch Machinationen, sowie schlechte Führerschaft zu Gunsten der Pseudoherrschaft ausgefallen sei. Da die Reaktion durch dieses Vorkommniß wieder die Oberhand gewann, war deren ganzes Sinnen und Trachten danach, jede freie Meinung durch Wort und Schrift zu unterdrücken. Es gelang ihnen dieses auch um so besser, da die Justiz in damaliger Zeit hauptsächlich die Pressefreiheit zu unterdrücken suchte, da durch letztere dem Volke die Uebelstände vor Augen geführt wurden. Aus alledem wäre zu sehen, daß der Gedanke in damaliger Zeit schon Boden gefaßt hatte, sich von den Fesseln und Banden zu befreien. Reicher Beifall lohnte den Redner für seinen trefflichen Vortrag. Die nun vorgenommene Wahl zu Platzdeputirten wurde dahin erledigt, daß für einige Plätze solche gewählt wurden. Lebhaft debattirt wurde über die Handlungsweise einiger Meister, welche den üblichen Stundenlohn nicht zahlen. Hierzu beschloß man, mit aller Strenge gegen dieses unverschämte Ausbeutertum vorzugehen. Zwecks dessen soll den „Herrn“ ein Schreiben zugelandet werden, in welchem mitgetheilt wird, daß wir unter keinen Umständen gewillt sind, uns von dem an und für sich schon knappen Lohn noch weitere Abzüge gefallen zu lassen.

**Süßrow.** Der hiesige Lokalverband hielt am 3. März seine monatliche Versammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Entgegennahme der Beiträge. 2. Verschiedenes. Nachdem der erste Punkt erledigt, wurde beschossen, am 8. April, Nachmittags 5 Uhr, in der „Tonhalle“ eine Versammlung von sämtlichen Zimmerern Süßrows mit folgender Tagesordnung abzuhalten: 1. Wie sämtliche Zimmerer wieder zu vereinigen sind? 2. Wie die Zimmerer des Verbandes zur Versammlung heranzuziehen sind, da mehrere Versammlungen nur sehr schwach besucht waren. 3. Verschiedenes. Referent: C. Seß.

**Hamburg.** Der hiesige Lokalverband hielt am 6. März seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Nach Verlesung des Protokolls der letzten Versammlung wünscht Baumbach, daß von den vier früheren Vorstandsmitgliedern schriftlich abgegebene Erklärung wörtlich zu veröffentlichen. Dieselbe lautet: „Da die vier Unterzeichneten sich bewußt sind, mit der Herausgabe des Flugblattes nur im Interesse der Mitglieder gehandelt zu haben, um das Ansehen des Lokalverbandes Hamburg nach Innen und Außen zu wahren, die letzte Versammlung aber bewiesen hat, daß das Denken und Handeln der vier Unterzeichneten mit einem Theil der Mitglieder in Widerspruch steht, erklären dieselben, aus dem Vorstand auszutreten. Erklären ferner, falls der Beschluß, daß die Unterzeichneten die Kosten für das Flugblatt tragen sollen, nicht annullirt wird, dieselben gezwungen sind, aus dem Verband deutscher Zimmerleute auszutreten. Zaur. Schnack. Baumbach. Griesentrog.“ Der Beschluß, auf den sich der letzte Absatz dieser Erklärung bezieht, wird hierauf mit kleiner Majorität annullirt und dadurch die Abrechnung vom vierten Quartal anerkannt. Als Vorsitzender des Lokalverbandes wird hierauf Höflich mit 139 Stimmen, als Kassirer H. Müller mit 148 Stimmen gewählt. Als zweiter Kassirer Keller und zu Schriftführern werden Schrader und Schmidt gewählt. Dem gewählten Vorstand bleibt es überlassen, sich nach einem geeigneten Versammlungslokale umzusehen. Darauf beantragt Schnack, der Vorstand solle über die Vorbemerkungen des Redakteurs zu den Versammlungsberichten im „Zimmerer“ Nr. 9 eine Berichtigung erlassen. Dieser Antrag wird jedoch mit großer Majorität abgelehnt. Rathmann verwahrt sich noch gegen die unberechtigten Angriffe von Schnack und nennt es traurig, wenn man Sachen vorbringen wolle, welche bereits vor sieben Jahre passirt sein sollen. Hierauf Schluß wie gewöhnlich um 12 Uhr.

Der Lokalverband hielt am 20. März seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erhält Böttcher zu seinem Referat: „Gewerbeordnung und die Thätigkeit des Gewerbegerichts“ das Wort, indem er etwa Folgendes ausführt: Die Arbeiter trachten heute nicht nur darnach, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, sondern suchen in politischer Beziehung sich Rechte zu erwerben und solche zu wahren. Die herrschende Klasse fühlt schließlich das Bedürfnis, dem Drucke nachzugeben; dieses beweisen Unfall-, Alters- und Invalidengesetze usw. Allerdings sind genannte Institute noch bedeutend verbesserungsbedürftig, was auch bei den Gewerbegerichten der Fall ist, indem hier von verschiedenen Arbeiterbranchen ausgeschlossen sind, z. B. Seelente, die in Fischereibetrieben beschäftigten Arbeiter, ein Theil der Gärtner usw. Ferner ist die Erhebung von Gebühren bei Anführung einer Klage ein Hemmschuh der Rechtsdurchführung, indem es manchem Arbeiter nicht möglich ist, diese aufzubringen, und auf Inanspruchnahme des Armenrechts verzichtet die große Masse aus bekannten Gründen. Nachdem der Referent die §§ 122, 123 und 124 des Näheren beleuchtet, giebt er eine Uebersicht über die Thätigkeit des hiesigen Gewerbegerichts, aus welcher ersichtlich, daß im letzten Jahre verhältnismäßig wenige Klagen anhängig gemacht wurden. Dieses seine Ursache in den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen. Nachdem noch einige Fragen vom Referenten beantwortet, beschließt man, für Versammlungen in Zukunft das Lokal, „Englisches Tivoli“ in St. Georg zu benutzen. Zum Schluß beauftragt man den Vorstand mit der Ausarbeitung eines Flugblattes zwecks Agitation unter den hiesigen Zimmerern.

**Königsberg.** Am 19. d. M. tagte hier eine öffentliche Versammlung der Zimmerer Königsbergs und Umgegend auf der Zimmererherberge, Magisterstr. 45, unter dem Voritze des Kameraden Korsek. Tagesordnung: Stellungnahme zur Maifeier, Verschiedenes, Fragekasten. Zunächst hielt Kamerad Korsek einen längeren Vortrag über die Bedeutung der Maifeier, woran sich eine lebhafte Debatte angeschlossen. Die Versammlung beschloß, sich dem anzuschließen, was die nächste Parteiversammlung über die Maifeier bestimmt, und diese mit allen Kräften zu unterstützen. Die Kameraden Korsek und Wendt wurden dazu gewählt, diesen Beschluß der Parteiversammlung kund zu thun. Im „Verschiedenen“ theilte Kamerad Holland mit, daß sich dem Beschlusse der vorigen Versammlung gemäß die Geschäftskommission aufgelöst habe und er als Revisor die Sachen in der größten Ordnung und einen Baarbestand von M. 58,15 vorgefunden habe, welcher dem Vertrauensmann Kamerad Schröder übergeben worden sei. Sodann war die Frage eingelaufen: „Betrachtet der Magistrat die jetzigen Arbeiten am Fregelbohlwerk noch immer als Nothstandsarbeit und was werden da für Löhne gezahlt?“ Hierzu berichtete Kamerad Wendt, daß die Zimmerer einen Stundenlohn von 35  $\mathcal{M}$  erhalten, ohne Abzug der Frühstück- und Wesperrpauze. Vor Neujahr zahlte der Magistrat 42  $\mathcal{M}$  pro Stunde; nachdem die Gefellen entlassen und wieder angestellt, wurde ihnen mitgetheilt, daß der Magistrat nur 35  $\mathcal{M}$  zahle, weil es Nothstandsarbeit sei. Da der Lohn für benannte Arbeiten bis jetzt noch nicht erhöht wurde, sind insolge dessen für den Magistrat die Nothstandsarbeiten noch voll im Gange.

**München.** Am 18. März fand hier eine gut besuchte öffentliche Versammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Lohnverhältnisse und Regelung derselben. 2. Wahl einer Lohnkommission. Zum ersten Punkt über die Lohnverhältnisse der Münchener Zimmerer referirte Kamerad Kuhlmann in ausführlicher Weise. Er wies nach, daß bei einem Stundenlohn von 45  $\mathcal{M}$  noch ein beträchtliches Defizit zu decken übrig bleibt, welches durch die herrschende Arbeitslosigkeit natürlich noch ein bedeutend größeres werde. Der größere Theil der Münchener Kameraden hat seine letzte Habe im Pfandhaus und sei gezwungen, Schulden zu machen, welche schwer wieder bezahlt werden können. Die wirtschaftlichen Verhältnisse werden immer schlechter. Die Ansprüche, welche von den Unternehmern gestellt seien, würden immer größer, man könne nicht mehr genug arbeiten, wobei die Löhne immer mehr zurückgehen. Remedur müsse und könne geschaffen werden, wenn sämtliche Kameraden sich einigen und für die gerechte Sache eintreten, um gegen das Ausbeutertum Front zu machen. Von den Unternehmern dürfe man nicht hoffen, daß durch sie, ob die Geschäftskonjunktur eine gute oder schlechte ist, eine Besserung der Lage der Arbeiter herbeigeführt werde, das müsse der Arbeiter eigenes Werk sein. Der Lohn richte sich nach den wirtschaftlichen Verhältnissen. Aber gerade deswegen müssen wir Mann an Mann herantreten und Protest erheben gegen zu niedrige Entlohnung. Eine Resolution: „Die heute tagende öffentliche Zimmererversammlung erklärt sich mit dem Referenten einverstanden und fühlt sich moralisch verpflichtet, an der bestehenden Zentralorganisation festzuhalten, die moderne Arbeiterbewegung hochzuhalten und thätig zu unterstützen.“ wurde von der öffentlichen Versammlung einstimmig angenommen. Referent weist darauf hin, daß in Städten, wo eine gute Organisation herrscht, die Lohnverhältnisse bedeutend besser gefaltet sind, als in Städten mit einer schlechten Organisation. Es sei eine Schande für München, daß, trotzdem die wirtschaftlichen Verhältnisse um kein Zota besser seien wie in Berlin und Hamburg, die Löhne bei uns so schlecht seien. Die Schuld liege meist nur an den Kameraden selbst. Referent verliest aus der Gemeinzeitung die Namen der Meister, welche sich seinerzeit verpflichtet haben, einen Stundenlohn von 45 bis 50  $\mathcal{M}$  zu bezahlen. (Gemeinzeitung vom 5. April 1890.)



Die meisten derselben hätten ihr Wort nicht gehalten. Das Gebahren mehrerer Meister, welche früher in der Arbeiterbewegung gestanden haben, wurde scharf kritisiert. Kamerad Kögl giebt bekannt, daß er 35 Kameraden vertrete, welche am Wasserbau an der Wenterichsweige arbeiten, da ein Theil derselben, weil die Arbeit am Wasserbau sehr nothwendig sei, arbeiten müsse, ein anderer Theil Kameraden sich schäme, in Arbeitskleidern in die Versammlung zu kommen, die besseren Kleidungsstücke seien aber im Pfandhaus. Von den Krankenkassen-Vorständen, welche von der Lohnkommission schriftlich eingeladen wurden, war Haidhausen vertreten. Kamerad Schlenker bemerkt, daß er als Besitzer des Gewerbegerichts die Erfahrung gemacht habe, daß von Kameraden ganz unberechtigte Klagen geführt wurden. Würden die Kameraden der gewerkschaftlichen Organisation angehören, könnte so etwas überhaupt nicht vorkommen. Nach einer Pause von 10 Minuten legte die provisorische Lohnkommission der öffentlichen Versammlung den Tarif vor. Die Mitglieder der provisorischen Lohnkommission wurden von der öffentlichen Versammlung definitiv gewählt und der Kommission Kooperationsrecht ertheilt. Der Vorsitzende der Lohnkommission gab die Erklärung ab, daß nicht vielleicht der Glaube herrscht, daß ein Streit provoziert werden sollte. Das sei falsch, doch müsse man organisiert und kampfbereit sein, um die eigenen Interessen zu wahren. Die öffentliche Versammlung sprach der Lohnkommission ihre Anerkennung aus und verpflichtete sich, dieselbe thätig zu unterstützen. Schluß der Versammlung 1 1/2 Uhr. Anschließend fand um 3 Uhr Nachmittags im „Straubinger Hof“ eine Generalversammlung der Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Zimmerer Deutschlands statt, in welcher beschlossen wurde, das Vereinslokal der Krankenkasse in den „Passauerhof“, Dultstraße 4, zu verlegen, wo sich auch das Vereinslokal des Verbandes deutscher Zimmerleute befindet. Auflage der Krankenkasse und die Verbands-Versammlungen finden jeden 1. und 3. Sonntag im Monat statt. Ferner wurde beschlossen, bei dem Ableben eines Mitgliedes die Todesanzeige durch ein Inserat in der „Münchener Post“ bekannt zu machen.

**Münster i. W.** Am 18. März tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, in der sich zwei neue Mitglieder aufnehmen ließen. Dann wurde ein Antrag des Kameraden Blatt besprochen, der verlangt, einen Lohnzettel einzuführen, nach dem 34 1/2 Stundenlohn gezahlt und 10 Stunden pro Tag gearbeitet werden soll. Der Vorsitzende, Kamerad Bespermann, rief, mit den Forderungen vorläufig noch zu warten, bis der Lokalverband noch stärker wäre, damit wir dann den Meistern im Falle der Ablehnung unserer Forderungen geschlossen entgegenzutreten könnten, Kamerad Grehl war für den Antrag, und er erbot sich, ein diesbezügliches Schriftstück auszuarbeiten und der nächsten Versammlung vorzulegen. Dies Anerbieten wurde angenommen. Nachdem sprach Kamerad Blatt über die hiesigen Zustände, wobei er besonders auf die traurige Erscheinung verwies, daß gerade die Kameraden sich in den Versammlungen nicht sehen lassen, die den niedrigsten Lohn bekommen.

Am 13. März waren hier sämtliche Zimmerer zur Gründung einer Krankenzahlstelle eingeladen, aber nicht in der Anzahl erschienen, wie es wünschenswert erschien. Es wurde jedoch ein Vorstand gewählt. Der Kassirer legte aber schon die Woche darauf seinen Posten wieder nieder; nun besorgt Kamerad Bespermann diesen Posten mit. Derselbe wohnt Friedenstraße 9.

**Stettin.** Am 20. März hielt der hiesige Lokalverband seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Zu dem ersten Punkt der Tagesordnung, „Rechnungsbericht“, erhielt Kamerad Michaelis das Wort. Derselbe verwies auf die Fehler in der Abrechnung vom zweiten und dritten Quartal. Darauf wurde von der Versammlung ein Antrag angenommen, welcher besagt, daß die Kommission die Abrechnung ganz fertigstellen und dann dem Hauptvorstand zur Einsicht einbringen soll. Als Kolporteur wurde Kamerad Bretschneider für Lastadie und Unterstadt gewählt. In „Verschiedenes“ verlas Kamerad Michaelis einen von der Kommission abgefaßten Situationsbericht, worin die jetzige Arbeitslosigkeit und die sonstige Lage im Zimmergewerbe Stettins geschildert wird. Daran knüpfte sich eine längere Diskussion, dann wurde der Kommission der Auftrag erteilt, den Bericht an den Hauptvorstand zu schicken, sobald wurde noch die Frage gestellt, wie lange die Sperre über den Bau Schulz bestehen sollte? Beantwortet wurde die Frage dahin: So lange, bis sich der Bauherr mit den ausgesperrten Gesellen einigt. Auch wurde dem Fragesteller bedeutet, daß er dieses wissen müsse, weil er früher an der Spitze des Verbandes gestanden hätte. Vor Schluß der Versammlung machten noch die beiden Kassirer auf Zahlung der rückständigen Beiträge aufmerksam.

**Stralsund.** Sonnabend, den 24. März, tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, in der Herr Schütte einen recht lehrreichen Vortrag über die Entdeckung Amerikas hielt. Redner wies darauf hin, daß Columbus nicht die erste Person sei, der Amerika bekannt geworden wäre. Chinesische Geschichtsschreiber berichten schon 1300 v. Chr. von einem Lande, welches sich östlich über'm Meer von China befindet. Columbus hatte die Idee des Martins Polo ausgegriffen; dieser hatte früher im Osten von Asien eine Expedition geleitet und bei seiner Rückkehr bekannt werden lassen, daß sich in der Gegend große Schätze befänden. Diese wollte Columbus, der ein sehr habgieriger Mann war, sich aneignen und unternahm daher die Expedition. Letztere wurde von Seiten des Vortragenden recht eingehend geschildert. Nach Beendigung des Vortrages sprach der Vorsitzende den Dank für die Bemühungen des Herrn Schütte aus.

**Wittenberge.** Am Mittwoch, den 28. März, tagte hier eine öffentliche Maurer- und Zimmererverversammlung, die sich mit der Lohnfrage beschäftigte. Kamerad Kühn wies in kurzen Worten darauf hin, daß der Arbeitslohn vor zwölf Jahren hier höher stand als jetzt. Damals wurden bei zehnstündiger Arbeitszeit M. 2,75 Tagelohn gezahlt, jetzt beträgt derselbe nur M. 2,50—2,70. Die hiesigen Arbeitgeber erhöhen diesen Lohn freiwillig nicht, und so müsse die Erhöhung durch uns veranlaßt werden. Dann wurde die Versammlung auf 15 Minuten vertagt, damit sich die Kameraden untereinander berathen könnten. Nachdem bestanden alle Redner auf die Lohnerhöhung, weil es nicht möglich ist, für den gezahlten Lohn eine Familie menschenwürdig zu erhalten. Dann wurde in Betracht, daß die Arbeitgeber es unterlassen haben, sich weder mündlich noch schriftlich mit uns in Verbindung zu setzen, beschloßen, am 9. April die Arbeit niederzulegen. Am diesem Tage soll Vormittags 9 Uhr eine Versammlung stattfinden, der alle weiteren Beschlüsse vorbehalten bleiben. Die Kameraden an anderen Orten möchten wir noch erfragen, den Zug nach Wittenberge fernzuhalten; geschieht das ausreichend, dann ist der Sieg recht bald unser.

**Budapest (Ungarn).** Die Zimmerer hielten Sonntag, den 18. März, eine gut besuchte freie Versammlung ab. Es wurde beschlossen, daß der 1. Mai mit Arbeitsruhe zu feiern sei. Für den zu den Pfingstfeiertagen stattfindenden Kongreß der ungarländischen sozialdemokratischen Partei wurde Genosse Josef Borosnyai zum Delegierten gewählt.

**Baugewerbliches.**

**Die Arbeitslosigkeit im Hamburger Zimmergewerbe** ist geradezu erschreckend. Von Seiten der sozialdemokratischen Partei in Hamburg und in der nächsten Umgebung sind über Winter Erhebungen über die vorherrschende Arbeitslosigkeit veranstaltet worden, darnach ergab sich, daß in Hamburg von 1568 befragten Zimmerleuten 1280 arbeitslos waren. In Altona waren von 123 Zimmerern, die alle zeitweilig arbeitslos gewesen sind, zur Zeit der Erhebungen 77 arbeitslos. In Bergedorf waren von 28 befragten Zimmerern 21 und in Ottenfen waren alle 44 befragte Zimmerer arbeitslos. Es könnte nun leicht eingewendet werden, daß im Winter an allen Orten die Mehrzahl der Zimmerer arbeitslos sind, und wir wissen, daß diese Behauptung auch schon oft genug aufgestellt worden ist. Die Erhebungen in Hamburg zeigen aber, daß die Arbeitslosen zusammen, zur Zeit der Erhebungen, nicht weniger als 23 056 Wochen feierten. Im Jahre 1893 waren in Hamburg 182 Zimmerer 1—5 Wochen, 285 6—10 Wochen, 248 11 bis 15 Wochen, 207 16—20 Wochen, 137 21—25 Wochen, 32 31—35 Wochen, 48 36—40 Wochen und 66 Zimmerer über 40 Wochen arbeitslos. Diese trostlosen Zahlen schließen ein unaussprechliches Elend in sich. Mögen dieselben jenen Zimmerern in Deutschland die Augen öffnen, die sich durch den Tagelohn von M. 6 veranlaßt fühlen, ihren bisherigen Aufenthalt zu verlassen und in Hamburg Arbeit zu suchen. Diese Leute vermehren auf alle Fälle hier die Zahl der Hungerleider. Entweder finden sie selbst keine Arbeit, oder sie verdrängen einen Anderen aus Arbeit oder verhindern doch, daß einer von den Arbeitslosen Arbeit bekommt. Man vergesse ja nicht, daß die Zahl der Hungerleider bedeutend größer als die Zahl der arbeitslosen Zimmerer ist. In Hamburg kommen auf jeden verheirateten Zimmerer — und diese sind in der Mehrzahl — noch 4,3 Familienangehörige, diese werden von der Arbeitslosigkeit mitbetroffen.

**Aus Stettin** wird gemeldet, daß die diesjährige Bauzeit so traurig zu werden scheint, wie bisher noch keine gewesen ist. Anstatt Zimmerer anzustellen, wie das sonst im Frühjahr üblich ist, werden fast jede Woche eine große Anzahl entlassen. Nur ganz wenige Neubauten sind bis jetzt in Angriff genommen. Das Angebot von Arbeitskräften ist hier sehr groß, und trotzdem kommen noch viele Zimmerer von auswärtig. Die Unternehmer nutzen diesen trübseligen Zustand auch noch weidlich aus. Der 1890 errungene Stundenlohn von 45 1/2 wird fast nirgends mehr gezahlt, und auf einigen Plätzen ist angekündigt worden, daß der Lohn auf 35 1/2 gedrückt werden soll. Hierbei thut freilich die Laubzeit sehr viel, die von den Zimmerern der Organisation gegenüber beobachtet wird. Die Mitgliederzahl des Lokalverbandes ist seit 1891 um mehr als die Hälfte zurückgegangen. Jetzt soll der Hafenbau in Angriff genommen werden, die Arbeit haben auswärtige Unternehmer, und es wird sich nun darum handeln, daß nicht auch lauter auswärtige Arbeiter angestellt, sondern zunächst erst die hier Anfälligen untergebracht werden. Soweit es den Verbandsmitgliedern möglich ist, muß der Bezug nach Stettin ferngehalten werden. Dies wäre freilich auch im höheren Maße der Fall, wenn hier alle Zimmerer zur Organisation gehörten und dafür mitjorgten, daß Licht und Aufklärung auch in die entferntesten Gegenden gebracht werden könnte, von wo heute noch die Nulls bezogen werden, die für jeden Lumpenlohn arbeiten, und die 35 1/2 Stundenlohn noch für ein großes Stück Geld halten. Mögen sich alle Stettiner Zimmerer, besonders die lauen, den Spruch merken:

Zimmerer, organisiert Euch und seid nicht faul, Gebratene Tauben fliegen uns nicht in's Maul.

**Der Bauwindel** wird auch durch eine Petition, die der „Bund für Bodenbesitzreform“ beim preussischen Justizminister eingebracht hat, in recht helles Licht gerückt. In der Petition heißt es: „Das Bauhandwerk befindet

sich nirgends mehr in der Hand der Stadtgemeinden oder der Baugewerbetreibenden. Es sind vielmehr durchweg einheimische oder auswärtige Großkapitalisten, Konfessionen und Banken oder von diesen vorgeschobene Terraingesellschaften, die das Bauhandwerk an sich gebracht haben. Mit diesen Verhältnissen muß das Baugewerbe unwillkürlich rechnen. Sie zu beseitigen, liegt, nachdem es soweit gekommen, nicht mehr in seiner Hand.“ Dann wird in einer etwas schwerfälligen Sprache beschrieben, wie die Grundbesitzer in Gemeinschaft mit den Baugewerbern den Bauwindel betreiben und ausdrücklich hervorheben, daß sie am liebsten ganz mittellose Strohmänner als „Bauherrn“ vorschieben. Von welcher Art diese Unternehmer sind, erhellt aus den Thatsachen, daß in den letzten Jahren in Berlin 60—75 pZt. aller Neubauten subhaftirt worden sind, viele zwei- und dreimal. Bei der Nordböllischen Baugewerksgenossenschaft sind allein im Jahre 1892 M. 35 650,35 Unfallumlagen uneinzigbar gewesen. Der hiesigen Ortskrankenkasse der Maurer sind nach amtlicher Mittheilung in den Jahren 1891 und 1892 von 222 Bauherren, ehemalige Maurerpolkerei, Schlächter, Barbier oder Kellner“ M. 28 738 an eingezogenen, aber der Kasse nicht abgelieferten Beiträgen der Arbeiter unterschlagen worden. Im Ganzen wurden in der gedachten Zeit in Berlin 830 Neubauten aufgeführt. Es haben also mehr als 25 pZt. der Unternehmer Unterschlagungen verübt. Der Bund verlangt in seiner Petition ein Vorzugsrecht für die „Bauhändler“, das heißt für die Bauhandwerksmeister, die Arbeiter hat der Bund nicht auf Rechnung und gerade diese sind es, die durch die Bauwindel sehr oft Wochen lang mit ihren Familien Hunger leiden müssen, weil sie ihren Lohn nicht ausbezahlt bekommen; von der Unsicherheit des Arbeitsverhältnisses durch den Bauwindel wollen wir erst gar nicht reden.

**Die Zahl der subhaftirten Grundstücke betrug nach der „Baugewerks-Zeitung“:**

	1889	1890	1891	1892	1893
in Brandenburg . . . . .	10	8	12	24	25
Stettin . . . . .	18	14	19	11	40
Bosen . . . . .	4	9	7	13	17
Bromberg . . . . .	11	8	9	14	9
Danzig . . . . .	39	38	19	28	31
Königsberg . . . . .	58	60	65	40	43
Breslau . . . . .	56	77	105	79	98
Görlitz . . . . .	6	13	17	32	28
Magdeburg . . . . .	59	65	137	185	179
Halle . . . . .	28	42	75	108	98
Hannover . . . . .	10	15	16	30	39

In den letzten 5 Jahren haben sich also in 8 Städten von 11 die Verhältnisse ganz bedeutend verschlechtert.

In Berlin sind von dem Blatte „Frei Land“ Aufzeichnungen über die im Jahre 1893 stattgefundenen Hypotheken-Ausfälle gemacht worden, danach ergibt sich folgendes Resultat:

Monat	Grundstücke	Hypotheken-Belastung	Hypotheken-Ausfall
Januar . . . . .	15	M. 5 078 120	M. 1 757 750
Februar . . . . .	—	—	—
März . . . . .	4	813 302	439 698
April . . . . .	—	—	—
Mai . . . . .	7	1 418 411	441 049
Juni . . . . .	15	2 556 236	675 251
Juli . . . . .	11	3 713 254	1 997 854
August . . . . .	16	4 277 233	1 620 116
September . . . . .	13	3 377 809	1 044 069
Oktober . . . . .	16	8 057 554	2 912 399
November . . . . .	22	7 880 573	3 161 861
Dezember . . . . .	19	8 460 163	2 660 552
Summa:	138	M. 45 632 655	M. 16 710 099

Daß unter diesen schrecklichen Verhältnissen die Arbeiter am meisten leiden, versteht sich von selbst. Die Zahlen zeigen aber auch, daß die heutige Gesellschaftsordnung mit Riesenschritten ihrem Untergange entgegen geht.

**Sozialpolitisch.**

**Ein Görlitzer Arbeitgeber** schrieb seinem Arbeiter folgende Kündigung: „Da Sie mir heute erklärten, daß Sie nicht an Gott glauben, kündige ich Ihnen hiermit Ihre Stellung. Wenn Sie wollen, können Sie bald gehen, wenn Sie wollen, können Sie auch Ihre 14 Tage noch arbeiten. Menschen, die sich noch rühmen, nicht an Gott zu glauben, kann ich in meinem Geschäfte nicht dulden. Wenn Sie bald gehen, zahle ich aber selbstverständlich keinen Lohn auf 14 Tage.“ — Hierzu paßt eine Mittheilung aus dem Königreiche Stumm. Nach der „Saarbrücker Zeitung“ ist den Arbeitern der Halberger Hütte bekannt gegeben worden, daß sie mindestens alle 14 Tage einmal dem Gottesdienste beizuwohnen haben. Um die Kirchengänge der Einzelnen zu kontrolliren, bekommt jeder Kirchengänger in der Kirche einen Zettel, den die Arbeiter dann auf der Hütte abzugeben haben. — Ob die Arbeiter hierdurch von „Gottesfurcht“ erfüllt werden?

**Zur Nachahmung empfohlen.** Man schreibt aus Mainz, 30. März: Unser von allen Parteien einstimmig neugewählte Bürgermeister Herr Dr. jur. Gahner ließ sich heute sämtliche Schulzeute, Wachtmeister und Polizeikommissare vorstellen und sprach zu ihnen folgende beherzigenswerthe Worte: „Vergessen Sie nie, daß nicht das Publikum für Sie, sondern Sie für das Publikum da sind. Mit allzu schneidigem Auftreten erreicht man



selten etwas Gutes. Wollen Sie unterlassen, das Publikum in Uebertretungsfällen sofort zur Anzeige zu bringen, sondern lassen Sie zuvor Verwarnung eintreten: damit wird mehr erreicht. Vor allem aber bestreuen Sie sich eines anständigen Tones gegen das Publikum, denn wie es in den Wald schallt, so schallt es heraus."

Das ist ein Standpunkt, den man nur billigen kann.

**Der dritte schwedische sozialdemokratische Parteikongress**, der letzten Freitag in Goteborg zusammentrat, hat unter anderem folgende Beschlüsse gefaßt: „Der erste Mai wird als gemeinsamer Demonstrationstag bestimmt, ohne Rücksicht darauf, ob er auf einen Feiertag fällt oder nicht.“

„Für die Agitation auf dem Lande wird ein Wochenblatt „Folkbladet“ begründet, dessen Redaktion Herr A. Rylander in Stockholm übernimmt.“

„Im ganzen Lande werden weibliche Fachvereine gebildet.“

„Bei den Reichstagswahlen stellt die Partei eigene Kandidaten auf, wo Aussicht auf Erfolg vorhanden ist. Wo Aussicht auf Zusammenarbeit mit anderen freisinnigen Parteien vorhanden ist, darf dieses nur geschehen, wenn die Sozialdemokraten als eine politische Partei anerkannt werden und die wichtigsten gegenwärtigen Forderungen der Partei in ernster Weise aufgenommen werden.“

Ferner sprach sich der Kongress gegen das Pensionsgesetz des Arbeiterversicherungs-Komiteés aus.

Im Falle die Bemühungen des Reichstages von 1896 sich auch als fruchtlos erweisen sollten, wird die Partei die erneute Ablehnung des Antrages betreffend das allgemeine Stimmrecht mit einer Arbeitseinstellung in all den Arbeitszweigen beantworten, in denen ein allgemeiner Streik wirksam durchgeführt werden kann. Dagegen spricht sich der Kongress gegen einen Streik der ländlichen Arbeiter aus. Ueberhaupt sollen Streiks bis auf Weiteres vermieden werden, da sie nur eine Erschlitterung der Kräfte bedeuten.

**Der vierte sozialdemokratische Parteitag Oesterreichs** faßte in Bezug auf die Wahlrechtsbewegung folgenden Beschluß:

„Die von der Regierung vorgeschlagene Wahlreform wird als Verhöhnung der Arbeiterklasse mit Entrüstung zurückgewiesen. Der Parteitag erklärt, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht mit allen der Arbeiterklasse zur Verfügung stehenden Mitteln erlangen zu wollen; dazu gehört neben den bisher angewendeten Mitteln der Agitation und Organisation auch der Massenstreik. Die Parteivertretung zusammen mit den Vertretern der Organisationskreise wird beauftragt, alle Vorkehrungen zu treffen, um, falls die Hartnäckigkeit der Regierung und der bürgerlichen Parteien das Proletariat zum Ausbruch zwingen sollte, den Massenstreik als letztes Mittel im geeigneten Zeitpunkt anordnen zu können.“

Unabhängig vom Kampfe für das allgemeine Wahlrecht ist der Kampf für den Achtstundentag zu führen und ist zu diesen Zwecken in erster Linie alle Anstrengung zunächst auf jene Punkte zu vereinigen, wo diese Forderung am ehesten zu erreichen ist.

Der Parteitag erklärt, daß, sobald die organisierte Bergarbeiterbewegung den Zeitpunkt gekommen erachtet wird, in den Kampf für die Achtstundenschicht zu treten, die gesamte klassenbewußte Arbeiterklasse Oesterreichs deren Kampf mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen wird.

Die Parteivertretung ist verpflichtet, diesen Beschluß durchzuführen.“

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ bemerkt hierzu, als dieser Antrag mit allen gegen eine Stimme zum Beschluß erhoben wurde, erdrönten laute Rufe der Begeisterung, welche bezeugten, daß die gesamten Vertreter der klassenbewußten Arbeiterklasse Oesterreichs auch entschlossen seien, ihn zu verwirklichen.

Die Gegner, welche immer und immer wieder versuchen, die Wahlrechtsbewegung und ihre dringende, heftige Form dem Einfluß einiger Weniger zuzuschreiben, welche sich blind verstoßen dem mächtigen Zuge der Volksbewegung widerlegen, haben nun einen klaren und deutlichen Beweis vor sich, daß sie Andere täuschen wollten oder vielleicht auch sich selbst getäuscht haben. Der Beschluß des Parteitages spricht es aus, daß sich das arbeitende Volk zur Erringung seines Rechtes aller bisher angewandten Mittel in weit größerem Umfange, mit weit größerer Energie wie bisher bedienen wird, um die Bewegung in die Massen zu tragen, daß die Arbeiterklasse aber auch nicht zögern wird, zum letzten Mittel der Abwehr zu greifen, wenn man sie dazu zwingt.

Die künftige Parteivertretung wird ein schweres Amt auf sich nehmen und die Last einer großen Verantwortung zu tragen haben.

Aber sie wird sich bewußt sein können, daß sie mit der Gesamtheit der Partei, mit der Gesamtheit des denkenden Proletariats in Oesterreich in Uebereinstimmung ist, wenn sie mit dem Aufbot aller Kräfte daran geht, sich zu rüsten, bereit zu sein, wenn es gilt, den Kampf zu wagen. Die Verantwortung für die Opfer, welche dieser Kampf kosten wird, wird aber auf jene gewälzt, deren Hartnäckigkeit, deren Eigensucht, deren Hochmuth und deren Bornirtheit uns dazu zwingt.

Und nun in den Kampf!

Noch weit gewaltiger als bisher wird die Wahlrechtsbewegung alsbald entbrennen. Und nicht nur gewaltiger, sondern auch ausgedehnter; bis in die fernsten Thäler wird der Ruf dringen, und wenn die Rechtlosen in Oesterreich endlich ein Stück Recht errungen haben werden, werden sie es zu verdanken haben ihrer Vorkämpferin, der Sozialdemokratie!

**Der Diebstahl als Volkwerk gegen die Arbeiterbewegung.** Die Wiener Arbeiterzeitung veröffentlicht folgendes Schreiben:

Bad Gastein, 22. März 1894.

Geehrte Redaktion!

Als Abonnent Ihres, mir sehr geschätzten Blattes, der „Arbeiter-Zeitung“, ist mir gestern wegen Halten dieses Blattes ein moralisches Malheur passirt; ich bitte um gütige Aufnahme desselben in eine Ihrer nächsten Ausgaben der „Arbeiter-Zeitung“, damit die öffentliche Meinung sich ihr Urtheil bilden kann.

Als Katholik dem Kirchengebote folgend, habe ich gestern Früh in der hiesigen Pfarrkirche beim hochwürdigen Herrn Koadjutor Rudolf Ernst die Osterbeichte abgelegt. Das, über was ich mich angeklagt hatte, schien ihm nicht gefährlich; aber er hatte erfahren, daß ich die „Arbeiter-Zeitung“ halte und als Gastwirth im Schanklokale auflegen habe.

Da ich das Abonnement eingehen zu lassen nicht zusagte, so konnte er mich nicht losprechen, denn die „Arbeiter-Zeitung“ sei nach seiner Ueberzeugung eine Bombe gegen die katholische Kirche, die jeden Augenblick losgehen und die Grundpfeiler der Kirche erschüttern könnte. Ich bin nun der Attentäter, der diese Bombe zum Unglück für die Christenheit im Kurorte Bad Gastein bereit hält.

Dies ist das Verbrechen eines 65jährigen Mannes, der 20 bis 22 Arbeiter und Diensthofen in vier kleineren Gewerben beschäftigt, Armenvater der Gemeinde Bad Gastein ist und durch 26 Jahre ununterbrochen als Ausschüßmitglied dem Gemeinderathe daselbst angehört.

Offen gestanden, habe ich schon größere Sünden in meinem Leben begangen, aber nie war ich so verdammungswürdig befunden worden, daß mir die Absolution verweigert worden wäre.

Mich wundert nur, daß die hohe k. k. Regierung solche Blätter wie die „Arbeiter-Zeitung“ verbreiten läßt, ohne den hochwürdigen Herrn Koadjutor Rudolf Ernst um seine anmaßende, ah, Pardon! maßgebende Meinung gefragt zu haben.

Den Grad meiner bösen That zu bemessen und die Heldenthat des geistlichen Herrn in Ausübung seines Amtes zu würdigen, überlasse ich der öffentlichen Meinung, denn ich hege die Hoffnung, daß dieser Herr das jüngste Gericht auch noch verhindern werde.

Achtungsvollst ergebenst Josef Rößl, Zimmermeister.

**Eine neue utopische Koloniegründung.** Topologamp und Freiland haben jetzt abermals ein Konkurrenzunternehmen erhalten, das allerdings, wenn den in Italien umlaufenden Berichten zu trauen ist, noch deutlicher als jene Gründungen den Stempel der Lebensunfähigkeit an der Stirne trägt. Der einstige garibaldinische Oberst Achille Fazzari soll nämlich beabsichtigen, in Kalabrien, am Golse von Squillace, eine Kolonie von Bauern und Fischern zu gründen, für die er höchst eigenthümliche Sagen aufgestellt hat. Die Kolonisten haben bei Tagesanbruch an die gemeinsame Arbeit zu gehen und müssen sich bei einbrechender Dunkelheit zur Ruhe legen, denn jede künstliche Beleuchtung ist ihnen untersagt. Zur Wohnung dienen getrennte Hütten, die Kleidung soll für Mann und Frau die nämliche Form haben und die Nahrung besteht in Minestra, Fleisch und Fischen; dazu darf nur der in der Kolonie selbst erzeugte Wein getrunken werden. Aller Privatbesitz ist verpönt, die Kolonisten sollen einzig von einem je auf die Dauer eines Jahres zu wählenden Chef „berathen werden“. Auch wird Niemand bestraft für seine Handlungen, hingegen ist das Recht gewahrt, Unwürdige aus der Kolonie auszustößen. Eine weitere sonderbare Vorschrift ist die, daß die Ansiedler auf jede Veltüre von Gedrucktem oder Geschriebenem verzichteten und auch selbst die ihnen eventuell zugehenden Briefe und Telegramme nicht lesen dürfen, dementsprechend ist es auch verboten, die zukünftigen Kinder im Lesen und Schreiben unterweisen zu lassen. Fazzari will sich vom italienischen Parlament einen Dispens vom obligatorischen Schulunterricht erbitten. In religiöser Hinsicht bestimmen diese Statuten, daß jeweilen am Sonntag ein katholischer Priester zum Messlesen herbeigerufen werde; dieser Priester muß dann zugleich auch die Gesetze des Staates verkünden, denen strikte nachgelebt werden soll.

Der Plan Fazzari's ist augenscheinlich eine Frucht des sogenannten „christlichen Sozialismus“ ultramontaner Obervanz. Die Gründung ist nach den Jesuitenkolonien in Paraguay gemodelt. Glücklicherweise ist aber auch das armseligste italienische Proletariat nicht so verkommen, daß es sich das Lesen verbieten lassen würde. Fazzari wird schwerlich Kolonisten für seine Verdummungskolonie finden.

**Der Pariser Gemeinderath und die Maifeier.** Der Gemeinderath von Paris hat, wie von dort geschrieben wird, in seiner Sitzung vom 23. März beschlossen, die Verwaltung solle allen städtischen Arbeitern und Angestellten den 1. Mai ohne Lohnabzug freigeben. Der Präsekt hat natürlich seine Bedenken dagegen erhoben.

**Zum Achtstundentag.** Aus England wird bürgerlichen Blättern mitgetheilt;

„London, 29. März. Der Eisenindustrielle Mather, einer jener englischen Fabrikherren, welche den Achtstundentag verschuldenweise in ihren Establishments (Mather and Platt) eingeführt haben, hat soeben das Resultat dieses Experimentes veröffentlicht. Dasselbe erstreckte sich auf zwölf Monate und betraf rund 1200 Arbeiter. Die Arbeitszeit wurde von 53 auf 48 Stunden per Woche verringert, ohne Reduzirung der Löhne. Die Vermehrung der Arbeitskräfte war eine so geringe, daß die Lohn-

ausgaben um nur 0,4 pSt. stiegen. Aber diese Zunahme wurde genau wieder ausgeglichen durch eine 0,4 prozentige Verringerung, die sich in dem Beleuchtungs-, Feuerungs-, Maschinen-Abnutzungskonto usw. ergab. Ist der Eigenthümer somit pekuniär schadlos geblieben, so hat er einen direkten Vortheil dadurch erlangt, daß trotz des Fortfalls von fünf Arbeitsstunden wöchentlich die Produktion gegen die früheren Jahre gestiegen war. Herr Mather hat darum gewiß nicht Unrecht, den Versuch als einen für die Arbeiter wie die Eigenthümer gleich glücklichen Erfolg zu bezeichnen und andere Fabrikanten zur Nachahmung aufzufordern. Würde doch auch die Regierung durch die ihr von Mather privatim zugestellten Statistiken in ihrem Entschluß bekräftigt, den Achtstundentag in den Arme- und Marinewerksstätten einzuführen.“

Die Großindustrie — das haben wir schon oft betont — hat von dem Achtstundentag überhaupt eher Vortheil als Nachtheil. Deshalb ist der Widerstand der Großindustriellen auch lange nicht so hartnäckig, wie der der „Kleinen“, die sich nur durch schrankenlose Ausnutzung der Arbeitskraft im Konkurrenzkampfe behaupten können.

## Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

**Der Streit der Stargarder Zimmerer** ist dadurch beendet, daß nun alle Meister den alten Lohn wieder zahlen. Die Sache der Arbeiter hat also gesiegt. Möglich war der Sieg freilich nur durch das feste Zusammenhalten der Kameraden und durch das energische Eingreifen unserer Organisation. Möge auch dieser Sieg dazu beitragen, unsere Organisation zu befestigen und die gegenwärtig unorganisirten Kameraden zu überzeugen, daß es bedeutend besser im Zimmergewerbe sein würde, wenn sie alle zur Organisation gehörten.

**In Sternberg** in Mecklenburg hat ein Zimmermeister zwei Kameraden in einer Weise Feierabend gegeben, die ganz darnach aussieht, als ob man dort darauf ausgeht, einen Konflikt zwischen den Meistern und Gesellen zu provozieren. Es werden durch Mecklenburger Tageszeitungen auch Zimmerer nach Sternberg gesucht, obgleich für die dort ansässigen Zimmerer kaum Arbeit genug vorhanden ist. Dieses Treiben kann sehr leicht dadurch verhindert werden, daß sich keine Zimmerer durch die Annoncen nach Sternberg locken lassen.

**Der Stand des Weberstreiks in Großenhain** (Sachsen) ist noch der gleiche. Die Fabrikanten versuchen, Frauenspersonen anzulernen. Der Kampf wird noch ein sehr harter werden; Beamte aus der Fabrik sind nach auswärtig entsandt worden, um fremde Weber anzuwerben. Es ist darum nöthig, daß Arbeiter aller Berufe alle auf der Reise befindlichen Weber mit dem Streik in Großenhain bekannt machen und vor Zuzug warnen.

**Die Bergarbeiterbewegung** hat noch immer unter behördlichen Maßregeln zu leiden. Eine Versammlung, die am Sonntag Nachmittag in Dortmund tagte und in der die am gleichen Tage aus dem Gefängnis zurückgekehrten Genossen Fritz Bunte und Ludwig Schröder unter brausendem Beifall sprachen, verfiel der politischen Auflösung. Der zur Versammlung aus Mülheim delegirte Bergarbeiter Joseph Cordes, dessen Rede zur Auflösung Anlaß gab, wurde durch den überwachenden Polizeikommissar Meyer von der Tribüne weg verhaftet. Die Versammlung wurde aufgelöst, ehe sie ihren Zweck, Wahl der Delegirten zum Berliner internationalen Bergarbeiterkongress, erreicht hatte.

**Der Deutsche Holzarbeiter-Verband** hat soeben den Bericht über das dritte Quartal 1893, das erste seines Bestehens, veröffentlicht. Demselben entnehmen wir, daß die Einnahme bei den Zahlstellen M. 38 904,23 betrug, bei der Hauptkasse M. 33 363,97, zusammen also M. 72 268,20. Ausgabe bei den Zahlstellen M. 22 563,74, bei der Hauptkasse M. 23 179,25, zusammen M. 45 742,99. Gesamtbestand also M. 26 525,21. Für Reise-Unterstützung wurden ausgegeben M. 29262,81 oder 24,5 Proz. der Beiträge, für Agitation M. 3354,55, für die „Holzarbeiter-Zeitung“ M. 11 888,95. Die Mitgliederzahl des Tischlerverbandes betrug am Schlusse des zweiten Quartals 19 400, diejenige der Drechsler 1957, der Bürsten- und Pinselmacher 938, der Stellmacher 450, zusammen also 22 745, während für obige Abrechnung 24 075 Mitglieder in Betracht kommen, mithin ein Zuwachs von 1330 Mitgliedern stattfand. Der Deutsche Tischlerverband ist mit M. 28 208,10 Baarvermögen übergeben. Zu bemerken ist noch, daß 20 Proz. der angegebenen Mitglieder eigentlich nur Listenmitglieder sind. Das heißt, nach Aufrechnung der Beiträge zählt der Holzarbeiter-Verband nur 19 402 Mitglieder. Der Tischlerverband zählte nach Aufrechnung der Beiträge im letzten Quartal seines Bestehens 19 000 Mitglieder. Bezeichnend ist auch, daß der Holzarbeiter-Verband mit seiner Einnahme nicht ausgetommen ist. Es haben nach den obigen Zahlen noch M. 1682,89 von dem mitgebrachten Vermögen des Tischlerverbandes verbraucht werden müssen, und wie die Abrechnung zeigt, sind diese Ausgaben nicht etwa durch Streiks entstanden. Wir sehen also, daß dieser Verband noch nicht auf dem Wege ist, die Erwartungen zu erfüllen, die von vielen Leuten an die „Industrieverbände“ geknüpft werden.

**Die zweite ordentliche Generalversammlung des Verbandes der Sattler und Tapezierer**



wurde am 2. Oftertage in Frankfurt a. M. eröffnet. Anwesend waren 17 Delegirte, der Zentralvorsitzende und ein Vertreter der Generalkommission.

Der Hauptpunkt der Tagesordnung war die Frage, ob Industrieverband oder Kartellvertrag? Diese Frage war schon seit längerer Zeit in den Versammlungen und im Organ der hauptsächlichste Diskussionspunkt. Das Referat zu diesem Punkte hatte Börsch-Königsberg. Derselbe sprach sich entschieden gegen Industrieverbände, ebenso entschieden gegen Kartellverträge aus.

Die Generalversammlung des Verbandes der Sattler und Tapezierer spricht sich im Prinzip für Industrieverbände aus, ohne jedoch deren sofortige Einführung für vorthellhaft zu halten. Sie hält es vielmehr für besser, zunächst die Erfolge abzuwarten, welche der Metallarbeiter-Verband und der Holzarbeiter-Verband nach längerem Bestehen werden aufweisen können.

Zunächst beschließt sie die Anbahnung von Kartellverträgen mit verwandten Berufen, um

1. bei Streiks und Aussperrungen sich gegenseitig zu unterstützen,
2. eine gemeinsame und planmäßige Agitation zu veranstalten,
3. ein gemeinsames Organ zu schaffen,
4. den Uebertritt von einer Organisation in die andere bei Ortswechsel ohne Beitrittsgeld und weitere Formalitäten herbeizuführen.

Der Verband der Seiler und Reepschläger Deutschlands hielt am 24. und 25. März in Berlin seinen ersten Verbandstag ab. Anwesend waren acht Delegirte aus verschiedenen Gegenden Deutschlands, sowie Vertreter des Hauptvorstandes und Ausschusses, und auch ein Vertreter der Generalkommission, die sich übrigens, soweit uns bekannt ist, an allen Generalversammlungen, Verbandstagen usw. theilnimmt. Nach dem Bericht des Vorsitzenden ist die Mitgliederzahl im vergangenen Jahre von ca. 500 Mitgliedern auf 237 zurückgegangen. Die Ursache ist in einigen verloren gegangenen Streiks zu suchen. Der Kassenerbericht weist eine Einnahme von M. 1160,99 und eine Ausgabe von M. 1017,63 auf; mithin verblieb in der Hauptkassa am 31. Januar 1894 ein Bestand von M. 143,36. Für Streiks wurden seit Bestehen des Verbandes durch Extrasammlungen circa M. 5000 aufgebracht und verausgabt. Die Thätigkeit des Ausschusses beschränkte sich auf die Schlichtung eines Streitfalls innerhalb einer Filiale. Der Antrag der Filiale Leipzig, den Verband aufzulösen und zum Industrieverband der Textilarbeiter überzutreten, wurde abgelehnt, da man allgemein der Ansicht war, daß alsdann ein Heranziehen der Indifferenten zur Organisation noch bedeutend schwieriger würde. Der Verband bleibt also in der bisherigen Form bestehen.

Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete die Statutenberathung, welche infolge von Vorschlägen auf Zulassung ungelerner und weiblicher Arbeiter zum Verband, auf Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung usw. notwendig wurde. Der Kassier Schlichter begründete die diesbezüglichen Anträge mit dem Hinweis darauf, daß die Anstellung „ungelerner“ Arbeiter in den Fabriken überhand nehme. Auf 200 bis 300 ungelernete Arbeiter entfallen höchstensfalls 30 Berufseiler. Diese Hülfсарbeiter sollen durch rege Agitation für die Organisation gewonnen werden. Regien nahm hierbei Gelegenheit, zu erklären, daß auch er eifriger Anhänger der Berufsorganisation sei und daß er nicht, wie fälschlich angenommen werde, für Industrieverbände schwärme. Im Uebrigen trat er für Arbeitslosen-Unterstützung und für Aufnahme der Hülfсарarbeiter in die Organisation ein. Nur der Delegirte aus Schlotheim bedauerte, gegen eine Erhöhung der Beiträge stimmen zu müssen, weil in seiner Heimath der Lohn der Seiler täglich nur M. 1,20 betrage und sie daher außer Stande seien, durch eine Erhöhung der Beiträge die Mittel zur Arbeitslosen-Unterstützung aufzubringen. Gegen eine Stimme genehmigte der Verbandstag die Anträge des Hauptvorstandes. Alle übrigen Anträge wurden hierdurch hinfällig. Als Vorort wurde wiederum Altona und als Sitz des Ausschusses Kiel bestimmt.

Der „Textilarbeiter“ bleibt Publikationsorgan auch des Seilerverbandes. Man hat hier also die mögliche und einzig auch gangbare Form der Kartellverträge, betreffend des Organs, die auf fast allen Verbandstagen in der Regel dann beschlossen, wenn Anträge auf Gründung eines Industrieverbandes vorliegen, aber abgelehnt werden. Der Verband der Seiler und Reepschläger ist zu schwach, selbst eine Zeitung für seine Mitglieder herauszugeben und darum hat derselbe den „Textilarbeiter“ als Publikationsorgan ausserwählt. Ein ähnliches Vorgehen empfiehlt sich für alle Gewerkschaften, die nicht im Stande sind, ein Blatt selbst zu unterhalten. In diesem Sinne sind eigentlich auch die vielseitig gedebneten Halberstädter Kongreßbeschlüsse aufzufassen.

Der Unterstützungsverein deutscher Sattmacher veröffentlicht seine Abrechnung vom 3. Quartal 1893. Demnach beträgt die Mitgliederzahl dieser Organisation 2641; 34 Mitglieder sind in dem Quartal neu aufgenommen und 39 sind ausgeschieden, die Organisation blieb also stabil. Die Einnahme beträgt mit einem Kassensstande von rund M. 101.500, der zu Anfang des Quartals vorhanden war, M. 130.041,82, die Ausgabe betrug M. 31.495,82.

Als am Orte arbeitslos wurden in den Abrechnungen 353 Mitglieder mit 1891 Wochen und 3 Tagen angeführt, davon 167 Verheirathete mit 1059 Wochen und 5 Tagen und 185 Ledige mit 831 Wochen und 4 Tagen. Im Durchschnitt war jedes am Orte arbeitslose Mitglied 32 1/2 Tage ohne Beschäftigung. Von diesen 352 Mitgliedern waren 23 je 13 Wochen, 5 je 12 Wochen, 11 je 11 Wochen und 8 je 10 Wochen ohne Erwerb.

Für Arbeitslose auf der Reise wurden in 1783 Fällen M. 4754,65 und für solche am Orte, sowie Umzugskosten und Fahrgeld insgesamt M. 8076,56 bezahlt und entfallen davon auf 181 Mitglieder für 4898 Tage M. 7413,46, sowie an 11 Mitglieder, welche ihr Domizil wechseln mußten, M. 206,10 Umzugskosten, an 39 Mitglieder, die befristete Arbeitsaufnahme nach einem anderen Ort reisten, M. 347 an Fahrgeld-Erschädigung, an die Familien abgereister Kollegen wurden in 11 Fällen M. 110 als Unterstützung gewährt. Im Durchschnitt entfallen für jedes am Orte arbeitslose und unterstützte Mitglied 27 Tage und M. 40,95 Unterstützung.

An auf der Reise befindliche, besonders bedürftige Kollegen wurden in 43 Fällen M. 201,24 für Kleider und Schuhe ausgegeben.

Aus der Schweiz. Am Oftersonntag und Oftermontag hielt der hiesige Gewerkschaftsbund seinen Jahreskongreß in Bern ab. Die Mitgliederzahl des Bundes beträgt 9495, die sich in 260 Sektionen vertheilen. Im Vorjahre zählte der Bund nur 6950 Mitglieder, dieselben vertheilten sich in 257 Sektionen. Auf die einzelnen Berufe vertheilten sich die Mitglieder gegenwärtig folgendermaßen:

Uhrenmacherverband	3000
Typographenbund	1100
Metallarbeiterverband	900
Schneiderverband	500
Tabakarbeiterverband	365
Lithographenbund	270
Buchbinderverband	200
Glaserverband	150
Verband der Schmiede und Wagner	120
Schuhmacherverband	220
Müllerverband	40
Korbmacherverband	20
Holzarbeitergewerkschaften	1036
Diverse andere Fachvereine	1091
Politische Vereine	483
<b>Total</b>	<b>9495</b>

Die Ausgaben für Streiks betragen 1892/1893: Frs. 14.460,55 (1890/1891: 20.547, 1889: 18.354, 1888: 14.303 und 1887: 28.181) seit 1887 rund 100.000. Für Gemahregelte wurden 1086 und für anderweitige Unterstützungen Frs. 1094 ausgegeben. Das Vermögen der Reserve-(Streik-)Kasse betrug Ende 1893 Frs. 32.754, dasjenige der Verwaltungskasse 3762, wozu noch ein Preßfonds von Frs. 2322 kommt, da der Gewerkschaftsbund neben der schweizerischen sozialdemokratischen Partei Mit-eigentümer von der Züricher „Arbeiterstimme“ ist, die 4248 Abonnenten zählt und kleine Ueberschüsse abwirft.

Den streikenden Bauhandwerkern in Zürich werden demnächst auch die Tischler folgen. In einer Versammlung wurde mit 418 gegen 8 Stimmen der Streik beschlossen. Die 14tägige Kündigung soll inne gehalten werden, damit alle Vorbereitungen getroffen werden können, den Kampf zu einem erfolgreichen zu machen.

In Bern ist die Lohnbewegung der Maler und Gipser im Gange verlaufen. Dagegen streiken daselbst seit Montag ca. 250 Schneidergehülfen, die nach vorliegenden Zeitungsmeldungen keine schlechten Aussichten haben.

Aus Oesterreich. Der Streit der Bediensteten der Neuen Wiener Tramway ist beendet, an 100 Mann sind ausgesperrt. Unterstützung für dieselben ist dringend nöthig.

Die Metallformer der ersten ungarischen Lampenfabrik in Budapest haben die Arbeit niedergelegt.

Die gewerkschaftliche Organisation in Budapest macht erfreuliche Fortschritte. Im Verlaufe der letzten 4 Wochen haben sich drei Vereine provisorisch konstituiert und zwar: Ein Verein für die Handlungs-jugend, ein Fachverein der Metallgießer und verwandter Berufsgenossen, ein Fachverein der Bügler und Büglerinnen, und am kommenden Sonntag werden Statuten zu einer Gewerkschaft der Wagenbauer einer Versammlung vorgelegt und der Verein provisorisch konstituiert werden. Die Bewegung im Allgemeinen schreitet rüstig vorwärts. Eine Bäderversammlung hat den Beschluß gefaßt, vom 15. April ab ein Fachblatt in ungarischer und deutscher Sprache erscheinen zu lassen, zu welchem Zweck der Fachverein der Bäcker Fl. 100 aus der Vereinskasse bestimmt hat.

Aus Rußland kommen Nachrichten, daß in den Fabriketablissemens der Aktiengesellschaft Pawiercie Arbeiterunruhen stattgefunden haben, die drei Tage dauerten. Zur Wiederherstellung der Ruhe mußte Militär geholt werden. Die Unruhen werden natürlich sozialistischen Agitatoren in die Schuhe geschoben, als ob es in Rußland-Polen keine Konflikte mit den Unternehmern geben könnte, die aus dem Elend der Arbeiter entstehen.

### Arbeiterversicherung.

Die Unfallberufsgenossenschaften geben selbst den bürgerlichen Blättern Anlaß zu Klagen über den schleppenden Gang ihres Verfahrens und die Verzögerung der Rentensfeststellung. Die Arbeit der höheren Instanzen wächst hierbei zusehends. Im Jahre 1893 wurden beim Reichsversicherungsamt 5304 Rekursachen und bei den Schiedsgerichten 31.217 Berufungssachen anhängig. Vielfache Verzögerungen fanden durch die Streitfrage statt, welche Berufsgenossenschaft in dem betreffenden Betriebs-unfall zuständig ist. Allerlei Vorschläge zur Abhilfe werden gemacht, von deren Wirksamkeit sich aber wenig versprechen läßt. Die Hauptwurzel des Übels liegt eben darin, daß man die Berufsgenossenschaft der Unternehmer ausschließlich zum Träger der Unfallversicherung gemacht hat; sie ist dadurch in die Doppelstellung gebracht, Behörde und Partei zu gleicher Zeit zu sein, und daß hierbei das persönliche Interesse sich in erster Reihe zur Anerkennung bringt, darf nicht Wunder nehmen.

Einige Verlen aus der „Krone des sozialen Gebäudes“. Von den im Kreise Frankfurt-Stadt wohnenden 16 Altersrentenempfängern erhalten:

3 eine Jahresrente von M. 191,40
2 " " " " 189,—
1 " " " " 163,20
5 " " " " 160,20
2 " " " " 135,—
1 " " " " 112,20
2 " " " " 106,80

Bei den in demselben Bezirk wohnenden 22 Invalidenrentenempfängern beträgt die höchste Rente, welche ein Invalid erhält, M. 127,80, die niedrigste Rente M. 112,80.

Durchschnittlich erhält jeder Altersrentner pro Jahr M. 157,05, das macht pro Monat M. 13,09, jeder Invalid pro Jahr M. 120,03, pro Monat also M. 10. Und davon soll ein Arbeiter, womöglich noch mit Familie, leben. Verfücht ein solcher „Rentner“ durch irgend welche Nebenbeschäftigung leichter Art noch irgend etwas hierzu zu verdienen, so ist der Entzug der Invalidenrente das Erste, was der Arme zu gewärtigen hat. Und darum nennt man das Deutsche Reich das Reich der sozialen Reformen!

### Bemerktes.

Ein Aufsehen erregender Wucherprozeß wird sich nächstens vor Berliner Gerichten abspielen. Der betreffende Wucherer, Treuherz ist kein harmloser Name, betrieb den Wucher in folgender Weise: Er trat mit seinen Kunden nur in seltenen Fällen in persönlichen Verkehr, er hatte Mittelspersonen, „Schlepper“, die den Opfern das Geld auszahlten. Für die geliehenen Summen ließ sich der Wucherer Dreimonatswechsel mit 25 pSt. Aufschlag geben; konnte der Schuldner den Wechsel nicht rechtzeitig einlösen, so mußte er ein Prolongations-Agio von weiteren 25 pSt. zahlen und dafür einen Wechsel in der Höhe der Schuld und dem nunmehr verdoppelten Diskont zahlen. Es ist bis jetzt in 10 Fällen des Wuchers überführt, jedoch nimmt die Unternehmung immer größere Dimensionen an, da jeder neue Zeuge weiter gravirende Aussagen macht, wodurch das Treiben anderer Wucherer zur Kenntniß der Behörde gelangt. Auf der Zeugenbank werden im Prozeß Treuherz vermutlich neben Vertretern der hohen Aristokratie, Rechtsanwälte und Aerzte zu finden sein, denen E. während der Studierzeit kleine Summen geliehen hat, welche Beträge aber durch die Prolongationszinsen zu größeren Kapitalien angewachsen sind und den Schuldner arge Sorgen bereitet haben.

### Die Diebe.

Da war einmal ein kleiner Dieb,  
Der stahl ein Brot dem Kind zu lieb,  
Und ward dabei gefangen,  
Und konnte erst in Jahr und Stund'  
Trog sein und seines Weibes Mund  
Die Freiheit wieder erlangen.

Dem Andern war's Glück auch nicht hold:  
Stahl einem Filz 'nen Sack mit Gold  
Durch Einbruch still und nächstens;  
Und eh' noch ein halb Jahr verging,  
Er am Gevatter Dreibein hing,  
Und das von wegen Rechtsens.

Der Dritte war ein großer Dieb,  
Der stahl sich nur allein zu lieb  
Der Menschen Ehr' und Rechte,  
Und Städt' und Länder obendrein;  
Dem thäten sie Ruhmesopfer weih'n  
Und dienten ihm wie Knechte.

Nun weiß ich doch wahrhaftig nicht,  
Wie wohl' ein dummes Ding geschieht,  
Und müßte doch vermeinen,  
Daß, wenn auch Gott das Urtheil lenkt',  
Der dritte Dieb viel höher hängt,  
Als wie die beiden kleinen.

U. Staßbrenner.

### Eingefandt.

An uns ist schon mehrfach die Frage gerichtet, warum das Resultat des Lokalverbandes Altona nicht bei den Resultaten der Urabstimmung im „Zimmerer“ mit ausgeführt worden ist. Wir wollen nun den Beschluß,



welcher jedoch an dem Resultat nichts ändert, hiermit veröffentlichen. Es waren 17 Mitglieder anwesend, davon stimmten 15 für Erniedrigung und zwei für Beibehaltung der jetzigen Beiträge. Außerdem wurde die Bedingung gestellt, daß die Lokalverbände 40 pSt. und die Hauptkasse 60 pSt. erhalten sollte. Da nun bei einer so wichtigen Frage die Versammlung schlecht besucht war, hat der Vorstand das Versehen begangen und dem Hauptvorstand die Zahl, die für Erniedrigung der Beiträge stimmte, nicht mit angegeben, hierdurch ist es wohl gekommen, daß der Lokalverband Altona nicht aufgeführt worden ist.

Im Auftrage der letzten Mitgliederversammlung am 28. März 1894:  
**Der Vorstand des Lokalverbandes Altona.**

**Literarisches.**

„Der Sozialdemokrat“, Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Exp. in Berlin SW, Benthstr. 2). Zu beziehen durch alle Zeitungsbedeuteure. Vom 1. April ab beträgt das Abonnement durch die Post oder in Berlin durch die Zeitungsbedeuteure pro Quartal M. 1,20, unter Kreuzband M. 1,80.

Nr. 9 vom 29. März hat folgenden Inhalt: Wo hinaus? — Die Kreuzzeitung vor vier Jahren und heute. — Der Polizeipräsident und die Propaganda der Thut. — Fabrikanten als Förderer des Arbeiterschutzes in Rußland. — Der Posttarif und die Währung. — Aus der Schweiz. — Der Kommunismus und die ökonomische Entwicklung. II. — Politisches. — Parteinachrichten. — Wie man uns behandelt. — Agrarisches. Vom Lande. Aus ländlichen Kreisen. — Die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung in den östlichen Provinzen Preußens. — Arbeitszustände bei der Herstellung unserer Nahrungsmittel. — Die Lage der amerikanischen Bergarbeiter. — Industrie. Handel. Technik. — Eulen und Krähen. — Gewerkschaftliches. Vereine. — Arbeiterschutz. Arbeiterversicherung. — Sozialistisches. Zur Arbeiterfrage. — Vermischtes. — Todtenliste. — Literatur.

**Briefkasten der Redaktion.**

\* Dieser Nummer liegt das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission für die Lokal-Vorstände resp. Vertrauensleute bei.

**Quittung**

**der Hauptkasse des Verbandes.**

In der Zeit vom 1. bis 31. März sind folgende Beträge an die Hauptkasse des Verbandes gelangt:  
 Ahrensböck M. 8,50, Bochum 13, Bremen 12,50, Dielesfeld 9,50, Breslau 100, Bülow 5, Braunschweig 4,50, Cannstatt 3,50, Colberg 38,82, Celle 8, Dortmund 16,50, Elmshorn 23, Fürth 2,50, Freiburg 5,50, Gabelschütz 7, Halberstadt 2,50, Hannover 13, Hamburg (8. Bez.) 28, Hamburg (9. Bez.) 60, Hamburg (10. Bez.) 28,90, Hamburg (11. Bez.) 30, Köln 11, Kiel 12, Lauenburg 8,50, Ludwigshafen 10,50, Mannheim 10,50, Neukloster 5, Neubulow 7,50, Neumünster 10, Neubrandenburg 3, Osnabrück 4,10, Penzlin 2, Pirmasens 3,50, Plauen 2, Rehna 7,50, Alt-Mahlstadt 4,20, Steinbel 4,50, Stettin 2, Stendal 5, Stargard 21,50, Saarbrücken 2,50, Schwerin 6, Uetersen 10,50, Waren 2, Wiesbaden 18,50, Wedel 10,50, Warnemünde 3,50, Diverse Einzelzahler 60,90, Reiseunterstützung von W. Lehmann 1,20, Reichelt-Bernburg 5, Abonnements: Zwidau 9. Summa M. 684,12.  
 P. Müllerstein, Hauptkassierer, Fehlerstr. 28, 1. Etg.

**Berichtungs-Anzeiger.**

(Unter dieser Rubrik werden Berichtungs-Anzeigen bis zu 3 Zeilen Raum unentgeltlich aufgenommen.)

- Altona.** Mittwoch, den 11. April, bei Marjes (siehe auch Anzeigenteil).
- Altenburg.** Sonntag, den 8. April, Nachmittags 3 Uhr, im „Goldenen Löwen“, Pauriger Gasse.
- Salze.** Sonnabend, den 7. April, Abends 8 Uhr, bei W. Kuhner.
- Görlitz.** Mittwoch, den 11. April, Obersteinweg 7, „Stadt Hamburg“.
- Hannover.** Dienstag, den 17. April, bei Volte, Neustraße 27.
- Hildesheim.** Dienstag, den 10. April, Abends 8 1/2 Uhr, bei Mische.
- Serne.** Sonntag, den 15. April, bei Hochstraße, Wilhelmstraße.
- Kiel.** Dienstag, den 10. April, in den „Volkshallen“, Rehdensstraße 12.
- Lokstedt.** Donnerstag, den 12. April, Abends 8 Uhr, bei Schlüter.
- München.** Sonntag, den 15. April, Vormittags 10 Uhr, im „Bassauer Hof“, Dultstraße 4.
- Pasewalk.** Sonntag, den 15. April, auf der Herberge.
- Potsdam.** Dienstag, den 10. April, bei Glaser, Brandenburger Kommunikation 16.
- Rathenow.** Sonnabend, den 14. April, Abends 8 Uhr, Große Brandenburgerstraße 10.
- Schwerin.** Dienstag, den 10. April.
- Wandsbek.** Mittwoch, den 11. April, bei Grunau, Hamburgerstraße.
- Weißensee.** Dienstag, den 10. April, Abends 8 1/2 Uhr, bei Schattschneider, Lothringersstraße 30.
- Wilhelmshaven.** Freitag, den 13. April, Abends 8 Uhr, bei Peilmann in Bant, „Zur Wache“.

**Anzeigen.**

(Auch Beschlüsse der Generalversammlung wird den Anzeigen der Kostenpreis in Klammern beigegeben. Wir ersuchen nun, ohne weitere Aufforderung das Geld in Briefmarken unter der Adresse A. Bringmann, Hamburg-Barmbeck, Fehlerstraße 28, 1. Et., einzusenden. Von Zeit zu Zeit werden wir dann öffentlich darüber quittieren; dadurch werden ganz erhebliche Unkosten und auch ein großer Teil Arbeit gespart.)

**Todes-Anzeige.**

Am 1. April verstarb infolge eines Unfalls unser Mitglied

**G. Cordes.**

Sein Streben für den Verband sichert ihm ein bleibendes Andenken!

[M. 3,60] Lokalverband Bremen.

**Buchhandlung des „Vorwärts“**  
 Berlin SW., Benthstraße 2.

**Des Seemanns Leben und Leiden.**

Zur Warnung für Die aus dem Binnenland, zur Mahnung für die von der „Waterkant“ nach attemmäßigen Belegen getreu der Wahrheit geschildert. 8° 64 Seiten mit Umschlag.

Preis 40 Pfg. — Porto 5 Pfg.

In keinem kapitalistischen Betriebe ist die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft so raffiniert schamlos und grausam, wie im Schiffahrtsgewerbe, nirgends wird mit Leben, Ehre und Gesundheit der Arbeitskräfte so gewissenlos umgegangen wie hier, nirgends ist der Arbeiter so wehrlos den Mißhandlungen brutaler Vorgesetzter ausgesetzt, als auf „unseren“ Schiffen. In zwölf Kapiteln verbreitet die Schrift an der Hand von attemmäßig feststehenden Vorkommnissen klares Licht über diese leider zu wenig gekannten Thatsachen und zeigt zugleich den Weg, den die ausgebeuteten Seeleute beschreiten müssen, wenn sie eine Besserung ihrer Lage herbeiführen wollen.

Die Kapitel lauten: Was wollen wir? — Der Seemannsberuf und das Kapital. — Behandlung der Seeleute an Bord. — Die Seemannsordnung ist kein genügender Schutz der Seeleute. — Die Disziplinargewalt des Kapitäns und der Schiffsoffiziere. — Rechtspredung des Seemannsamtes. — Ausbeutung der Seeleute. — Seelenveräußerung. — Luxus und Glend an Bord. — Auf Seeleute, vereinigt Euch.

**Die Zukunft der Sozialdemokratie**

von J. Diehgen.

Neuer Abdruck mit einem Vorwort und Nachtrag.

8° 16 Seiten mit Umschlag.

Preis 10 Pfg. — Porto 3 Pfg.

Die Schrift ist eine alte Antwort auf die alte Frage: Wie wird es im Zukunftsstaate aussehen? Zum ersten Mal erschien die Broschüre in der Altentatsperiode 1878. Der Verfasser wurde verhaftet und am Vorabend vor Pfingsten mit einem Bagabonden zusammengesesselt in's Kölner Arresthaus transportiert, nach zwei Monaten endlich prozessiert, freigesprochen, wiederum gefesselt und verhaftet, abermals freigesprochen, abermals verhaftet, bis endlich der Kassationshof in Berlin dieser Illustration des deutschen Rechtsstaates ein Ende machte und Schrift und Verfasser frei gab. Wenige Tage später wurde die „Zukunft der Sozialdemokratie“ sozialistengesetzlich verboten. Die Schrift ist heute doppelt lesenswert; sie zeigt und sagt, daß und wie die Sozialdemokratie ihre Zukunft schafft.

Zahlreichen Bestellungen sieht entgegen  
 Buchhandlung des „Vorwärts“.

**Lokalverband Bremen.**

**Mitglieder-Versammlung**

Sonntag, den 8. April, Nachm. 4 Uhr, auf der Herberge.

Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erforderlich.

[M. 1] Der Vorstand.

**Gesangverein der Zimmerer Hamburgs.**

**General-Versammlung**

Sonntag, den 8. April, Nachmittags 5 Uhr, bei Bräsecke, Steinhörweg 3.

Tages-Ordnung:

Vierteljährliche Abrechnung. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
 [M. 1,10] Der Vorstand.

**Verband deutscher Zimmerleute.**

Lokalverband Altona.

**General-Versammlung**

am Mittwoch, d. 11. April, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Marjes.

Tagesordnung:

- 1. Abrechnung vom ersten Quartal.
- 2. Bericht über unsere Statistik.
- 3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen bittet  
 [M. 1,40] Der Vorstand.

**Machtung! Dresden. Machtung!**

Donnerstag, d. 12. April, Abends 8 1/2 Uhr, findet hier im großen Saale des „Trianon“ eine

**Oeffentl. Zimmererverversammlung**

mit folgender Tagesordnung statt:

- 1. Bericht von der Landeskonferenz.
- 2. Neuwahl eines Vertrauensmannes und Wahl des Agitations-Comités.
- 3. Stellungnahme zu der Ueberstunden- und Sonntagsarbeit.

Um das Erscheinen aller Kameraden ersucht  
 [M. 1,60] Der Einberufer.

**Berkehrslotale, Herbergen usw.**

(Jahres-Inserat unter dieser Rubrik nebst Gratis-Abonnement gegen Einsendung von M. 8.)

- Berlin N.** Chr. Hilgenfeld, Bergstr. 60, Restauration, Arbeitsvermittlung und Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer.
- W. Ripppe, Marusstraße 14, Eingang Grünweg, Arbeitsvermittlung, Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse der Zimmerer.
- Julius Raumann, W., Kulinstr. 36, Restauration, Arbeitsvermittlung, Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse der Zimmerer.
- Bergedorf.** Zentralherberge und Berkehrslotal bei Joh. Bez., Löpsertwiete 8.
- Breslau.** Berkehrslotal und Zahlstelle des Verbandes und der Zentral-Krankenkasse: Herrenstr. 19, Brauerei, Zentralherberge „In den drei Tauben“, Neumarkt 8.
- Charlottenburg.** Jeden Dienstag nach dem 1. und 15. jedes Monats: Versammlung, Berkehrslotal sowie Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer beim Kameraden H. Krause, Wisnardsstr. 74.
- Danzig.** Vereins- und Berkehrslotal (Privatlotale) des Lokalverbandes, Breitegasse 42. Dasselbe ist nur Abends von 6 Uhr ab geöffnet.
- Dresden.** Herberge und Berkehrslotal befindet sich im „Gasthof zum goldenen Faß“, Rinzstraße 3. Dort selbst ist auch jeden Sonnabend Kassenabend für Verbandsmitglieder. An- und Abmeldungen werden nur dort oder in der Wohnung des Unterzeichneten entgegen genommen. Hermann Jährgig, Tiedstr. 6, IV.
- Jehl's Restaurant, Mittelstr. 6. Jeden Sonnabend Zahlabend der Zentralkrankenkasse und des Verbandes, sowie Aufnahme neuer Mitglieder.
- Düsseldorf.** „Neue Welt“, Flingerstraße 37/39, Krankentassen- und Verbandslotale, sowie Zentralherberge.
- Hamburg.** Zentralherberge: Bick (vormals Diehl), große Rosenstraße 37.
- Hamburg - Eimsbüttel.** Fr. Lemde, Berkehrslotal Belle-Alliancestr. 49.
- Hamburg-Gilbert.** D. Niemeyer, Wandsbeker Chaussee Nr. 155, Haus 3, 2. Et. Vermietung von Zimmererwerkzeug.
- Hamburg-Barmbeck.** Berkehrslotal für Zimmerer, Rud. Ellerbrock, Hamburgerstraße 134, gegenüber der Elbstraße.
- Hannover.** Versammlungslotal bei Volte, Neustraße 27, Zentralherberge bei Klingst, Ballhofstr. 1.
- Harburg.** Versammlungslotal der Zimmerer u. Zentralherberge bei Herrn Lüssenhop, erste Bergstraße 7.
- Kellinghusen.** Herberge und Vereinslotale: S. Wrage, „Volkshalle“.
- Leipzig.** Berkehrslotal und Arbeitsnachweis bei Winter, Restauration, Universitätsstr. 6. Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse „Univeritätsstiller“, Ritterstr. 7. Herberge Kl. Fleischergasse, F. Neubauer's Restaurant.
- Lübeck.** Berkehrslotal: Fr. Spahrmann, Hundestr. 101. Arb.-Nachw.: W. Hornmann, Schumacherstr. 5/16.
- Moosdorf.** Berkehrslotal für die Verbandsmitglieder und Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse bei W. Marten, Beguimenberg 10.
- Spandau.** Zimmererherberge und Berkehrslotal bei R. Schulz, Adamstraße 9.
- Stettin.** Berkehrslotal, Logirhaus, Zahlstelle des Verbandes deutscher Zimmerleute und Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse bei Fr. Garrath, Bogislavstr. 22.
- Stuttgart.** Berkehrslotal und Zahlstelle des Verbandes und der Zentral-Krankenkasse, Holzstraße 18. Zentralherberge, „Gasthaus zum Hirsch“, Hirschstraße 14.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.